

## PROTOKOLL

über die 13. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 11. Mai 2017, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

### Anwesend:

#### BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

#### VIZEBÜRGERMEISTER:

Wilhelm Hauser

Dr. Helmut Zöttl

Ingrid Weixlberger

#### STADTRÄTE:

Dr. Michael Schodermayr

Dr. Mario Ritter

KommR Gunter Mayrhofer –  
(ohne GR-Mandat)

Mag. Reinhard Kaufmann

#### GEMEINDERÄTE:

Rudolf Blasi

Helga Feller-Höllner

MMag. Michaela Frech

Pit Freisais

Michaela Greinöcker

Rosa Hieß

Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Thomas Kaliba

Mag. Barbara Kapeller

Evelyn Kattnigg, BA (FH)

David König

Lukas Kronberger

Maria Lindinger, MSc

Natascha Payrleithner

Uwe Pichler

Mag. Kurt Prack

Florian Schauer

Birgit Schörkhuber, BEd

Rudolf Schröder

Ing. Thomas Schurz, MSc

Mag. Erwin Schuster

Dr. Markus Spöck, MBA

Arno Thummerer

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Anneliese Zimmermann

Ing. Wolfgang Zöttl, BEd

#### VOM AMT:

Dr.<sup>in</sup> Martina Kolar-Starzer

Mag. Helmut Lemmerer

Dr. Michael Chvatal

Thomas Schwingshackl

#### ENTSCHULDIGT:

Heidmarie Kloiber

Dr. Kurt Schmidl

#### PROTOKOLLFÜHRER:

Dr.<sup>in</sup> Martina Kolar-Starzer

Ursula Wieser

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR.

## **VERHANDLUNGSABLAUF:**

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG;  
FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSS-  
FÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER  
  
GR Ing. Michael Hingerl  
GR Josef Holzer
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS  
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderats-  
mitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt der Einla-  
dung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

## INHALTSVERZEICHNIS:

1) Fin-62/17	Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2017.....	10
2) Präs-397/02	Änderung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 4.7.2002 betreffend die Einreihung von Verwendungen in der Stadt Steyr (Einreihungsverordnung der Stadt Steyr – EV 2002).....	11
3) Pers-080	Bestellung der Mitglieder der Bediensteten-Schutzkommission gem. § 47 Oö. Bediensteten-Schutzgesetz 2017 – Oö. BSG 2017.....	12
4) GemLUST-21/15	Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.....	13
5) Fin-125/10	Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.	14
6) BauR-2/17	Auswirkungen eines VfGH-Urteils auf die Übertragungsverordnung der Zuständigkeit des Gemeinderats betr. die Zuständigkeit zur Einleitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungsverfahren auf den Stadtsenat.....	18
7) Präs-147/17	Auswirkungen eines VfGH-Urteils auf die Übertragungsverordnung der Zuständigkeit des Gemeinderats betr. Erlassung von straßenpolizeilichen Verordnungen gemäß § 94d StVO 1960 auf den Stadtsenat. ....	19
8) GHJ2-30/17	Errichtung einer Videoüberwachung im Bereich Stadtplatz-Pfarrgasse. ....	20
9) ÖAG-2/17	Verkauf städtischer Liegenschaften, Kaufverträge über die Wohnhäuser Posthofstraße 14, Sierninger Straße 86 und Sierninger Straße 97a. ....	23
10) KBS-2/17	Kommunalbetriebe Steyr – Investitionskostenzuschuss 2017.....	24
11) ÖAG-7/03	Abschluss eines Kaufvertrages mit der Burg Design GmbH über die Liegenschaft EZ 10, Grundbuch Gleink, derzeitige Baurechtsliegenschaft; erhöhtes Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 des Statutes für die Stadt Steyr.....	25
12) BauStrP-7/17	1) Dukartstraße oberhalb Stadtplatzgarage - Baumaßnahmen und Oberflächengestaltung; 2) Zugang von Stadtplatz 25 zum neuen Steg; Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe; Kreditübertragung; (Teil 2). ....	27
13) BauStrP-7/17	1) Dukartstraße oberhalb Stadtplatzgarage - Baumaßnahmen und Oberflächengestaltung; 2) Zugang von Stadtplatz 25 zum neuen Steg; Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe; Kreditübertragung; (Teil 1). ....	31
14) EnP-5/17	Neubau einer öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Dukartstraße im Zuge der Stadtplatzgaragenerrichtung; Antrag um Vergabe.....	34
15) Abfall-21/97	Errichtung Sickerwasserbrunnen und Sonden Ausbau auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr. ....	35
16) Abfall-12/15	Erneuerung vom Regenwasserpumpwerk, Rohrleitungen und Armaturen inkl. Montage und diverse Umbauarbeiten auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr. ....	37

17) Abfall -12/15	Elektrotechnischer Anschluss von Sickerwasserbrunnen und Sonden, diverse Wartungs- und Sanierungsarbeiten – Nachtragsangebot zu Anpassung gemäß VExAt.....	38
18) Fin-69/17	AKKU Kulturzentrum – außerordentliche Subvention für Objektankauf. ....	39
19) Fin-233/14	Reinholdungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluss 2016, Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr. ....	43
20) Fin-8/17	OÖ Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für das Jahr 2017. ....	44
21) Fin-9/17	Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münichholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2017. ....	44
22) Fin-10/17	„Paraplü“ – Integrationszentrum für In- und Ausländer; Subventionsansuchen 2017. ....	45

### **BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

- 1) Fin-62/17 Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2017.
- 2) Präs-397/02 Änderung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 4.7.2002 betreffend die Einreihung von Verwendungen in der Stadt Steyr (Einreihungsverordnung der Stadt Steyr – EV 2002).
- 3) Pers-080 Bestellung der Mitglieder der Bediensteten-Schutzkommission gem. § 47 Oö. Bediensteten-Schutzgesetz 2017 – Oö. BSG 2017.
- 4) GemLUST-21/15 Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.
- 5) Fin-125/10 Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.
- 6) BauR-2/17 Auswirkungen eines VfGH-Urteils auf die Übertragungsverordnung der Zuständigkeit des Gemeinderats betr. die Zuständigkeit zur Einleitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungsverfahren auf den Stadtsenat.
- 7) Präs-147/17 Auswirkungen eines VfGH-Urteils auf die Übertragungsverordnung der Zuständigkeit des Gemeinderats betr. Erlassung von straßenpolizeilichen Verordnungen gemäß § 94d StVO 1960 auf den Stadtsenat

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

- 8) GHJ2-30/17 Errichtung einer Videoüberwachung im Bereich Stadtplatz-Pfarrgasse.
- 9) ÖAG-2/17 Verkauf städtischer Liegenschaften, Kaufverträge über die Wohnhäuser Posthofstraße 14, Sierninger Straße 86 und Sierninger Straße 97a.
- 10) KBS-2/17 Kommunalbetriebe Steyr – Investitionskostenzuschuss 2017.
- 11) ÖAG-7/03 Abschluss eines Kaufvertrages mit der Burg Design GmbH über die Liegenschaft EZ 10, Grundbuch Gleink, derzeitige Baurechtsliegenschaft; erhöhtes Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 des Statutes für die Stadt Steyr.
- 12) BauStrP-7/17
  - 1) Dukartstraße oberhalb Stadtplatzgarage - Baumaßnahmen und Oberflächengestaltung;
  - 2) Zugang von Stadtplatz 25 zum neuen Steg; Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe; Kreditübertragung; (Teil 2).

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

- 13) BauStrP-7/17
  - 1) Dukartstraße oberhalb Stadtplatzgarage - Baumaßnahmen und Oberflächengestaltung;
  - 2) Zugang von Stadtplatz 25 zum neuen Steg; Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe; Kreditübertragung; (Teil 1).
- 14) EnP-5/17 Neubau einer öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Dukartstraße im Zuge der Stadtplatzgaragenerrichtung; Antrag um Vergabe.

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:**

- 15) Abfall-21/97 Errichtung Sickerwasserbrunnen und Sonden Ausbau auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr.
- 16) Abfall-12/15 Erneuerung vom Regenwasserpumpwerk, Rohrleitungen und Armaturen inkl. Montage und diverse Umbauarbeiten auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr.
- 17) Abfall-12/15 Elektrotechnischer Anschluss von Sickerwasserbrunnen und Sonden, diverse Wartungs- und Sanierungsarbeiten – Nachtragsangebot zu Anpassung gemäß VExAt.

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:**

- 18) Fin-69/17 AKKU Kulturzentrum – außerordentliche Subvention für Objektkauf.
- 19) Fin-233/14 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluss 2016, Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

- 20) Fin-8/17 OÖ Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für das Jahr 2017.
- 21) Fin-9/17 Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2017.
- 22) Fin-10/17 „Paraplü“ – Integrationszentrum für In- und Ausländer; Subventionsansuchen 2017.

## **BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

### **Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:**

Als Protokollprüfer wurden bestellt: GR Ing. Michael Hingerl  
GR Josef Holzer

## **ERÖFFNUNG DER SITZUNG:**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

So, dann darf ich sehr herzlich zur Gemeinderatssitzung alle erschienenen Anwesenden begrüßen. Begrüße besonders herzlich die Neue Mittelschule Tabor, die 4. Klasse, mit der Frau Professor Freimund, eine ehemalige Kollegin. Schön, dass ihr da seid. Ich hoffe, ihr langweilt euch nicht. Wir werden uns sehr bemühen, wir werden aber auch deswegen keinen besonderen Zirkus machen, wir werden das ganz normal abhandeln wie bisher. Danke für das Interesse, darf feststellen, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, dass wir beschlussfähig sind. Entschuldigt ist die Frau Gemeinderätin Heidemarie Kloiber, die sich auf Kur befindet. Und als Protokollprüfer wurden der Gemeinderat Ing. Michael Hingerl und der Gemeinderat Josef Holzer vorgesehen.

### **Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Wir sind schon beim Tagesordnungspunkt 2. Beantwortung von allfälligen Anfragen wurde keine gestellt.

### **Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich möchte das ein bisschen zweiteilen in wirklich wichtige und ein paar interessante Dinge. Die wirklich wichtigen Dinge möchte ich ihnen zur Kenntnis bringen. Wir haben vor wenigen Wochen Post bekommen vom Land Oberösterreich von der Landesstraßenverwaltung und sie haben uns mitgeteilt, in einem Schreiben von Mitte April, dass für die Westspange für das große Straßenprojekt keine Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist. Das Ergebnis dieser Prüfung hat stattgefunden, weil eine Einzelfallprüfung durchgeführt wurde, mit allen Details, und das ist jetzt dieses Ergebnis. Es hat dann eine Frist gegeben, bis zum 2. Mai, wo auch der Umweltschutz noch Stellung nehmen hätte können. Hat er nicht getan. Der dementsprechende Feststellungsbescheid wird in den nächsten Tagen erwartet. Das Schreiben des Landes Oberösterreich ist schon mehrere Wochen da. Wir wollten es aber nicht kommunizieren, bevor nicht diese Frist auch noch um gewesen ist. Muss aber auch dazu sagen, damit die, die gegen dieses Straßenprojekt sind, da gibt es ja auch einige, ein paar oder mehr, wie auch immer, dass die Bürgerrechte selbstverständlich dadurch nicht beschnitten sind. Das wäre nur etwas Zusätzliches gewesen, denn es gibt ja ohnehin ein Baubewilligungsverfahren nach dem oberösterreichischen Straßengesetz und da sind die Anrainerrechte alle gewahrt. Die nächsten Schritte, jetzt weil keine UVP stattfinden muss, werden sein, dass das Gelände vermessen werden muss und soll. Sage ich auch dazu, da könnte es auch noch zu Verzögerungen kommen, im Sinne von: ich lasse einen Vermesser nicht auf mein Grundstück. Ich will ja den Teufel nicht an die Wand malen. Das soll es schon gegeben haben, dann muss man das mit dem Rechtsanwalt durchsetzen. Wie auch immer, aber das wäre der nächste Schritt und dann im Endeffekt würden die Einreichprojekte im Jahr 2018 schon da sein und dann kann das wirklich in die konkrete Umsetzung gehen. Wenn eine UVP notwendig gewesen wäre, das ist so ein großes Verfahren, was dann im Endeffekt noch einmal ein dreiviertel Jahr bis zu einem Jahr gedauert hätte. Also aus Sicht der Mehrheit im Gemeinderat ist das eine sehr erfreuliche Nachricht.

Zweiter Punkt, weil auch diskutiert wurde ein bisschen in der Öffentlichkeit und wir haben uns im Gemeinderat jetzt schon einige Jahre immer wieder punktuell damit beschäftigt. Übertragung livecam von Gemeinderatssitzungen. Da hat sich, und das möchte ich hier wirklich mitteilen, an der Rechtssituation in Oberösterreich nichts geändert. Es ist nach wie vor so, indem es kein Landesgesetz gibt, dass wir außer uns selbst und die Mandatare niemanden filmen dürfen. Also wir könnten jederzeit zwar eine Kamera aufstellen, aber wenn jemand aus dem Besucherforum auf dem Bild wäre und die Zustimmung nicht eingeholt wird, hätten wir rechtlich ein Problem. Warum das in manchen Bundesländern geht oder manche Städte es trotzdem machen, hat mehrere Gründe. In Niederösterreich zum Beispiel gibt es ein Landesgesetz, wo dezidiert diese Möglichkeit eingeräumt wird, dass Gemeinderatssitzungen live übertragen werden können. Und da gibt es noch einen Schwenker, der nicht ausjudiziert ist, dessen man sich auch bedienen kann, wenn wir das wollen, dass man sagt, jene öffentlichen Institutionen stellt die Kommune, die einen Pressedienst haben. Kann man den Pressedienst als Titel journalistische Aufgabe sehen und unter diesem Titel sagen, wenn der Pressedienst das macht und wir das so sehen, wie gesagt, es war noch nicht beim EuGH, dann könnten wir das tun. Ich will es eigentlich nur deswegen jetzt da so offiziell sagen, wir werden darüber diskutieren, es ist ja auch mit Kosten verbunden, ob wir das wollen. Also grundsätzlich könnten wir das tun, wenn wir eine Kamera dort hinten haben, von jemand bedient oder auch nicht. Oder wir kaufen selber eine Kamera oder wir machen es so wie in Linz, nur eine Sitzung, nur die Budgetsitzung, wie auch immer. Möglichkeiten gibt es hier, denn grundsätzlich sollten wir es tun, weil es viele andere auch schon tun und wenn wir es nicht tun, dann heißt es, warum tun wir es nicht. Ob das der Kassenschlager wird, das wage ich zu bezweifeln. Ich hab da einmal kurz hineingesehen voriges Jahr glaube ich, wie ich mich mit dem beschäftigt habe, in eine aufgenommene oder in eine liveübertragene Gemeinderatsbudgetsitzung der Stadt Linz. Also denke ich mir, da muss man schon einen Therapieauftrag haben, damit du dir das antust acht Stunden da zuzuhören über die verschiedensten Details. Aber das ist meine persönliche Auffassung. Werden wir schauen, ich sage immer signalisieren, reden wir darüber in der nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Wir könnten, in Wels haben wir uns erkundigt, da gibt es eine Firma, die macht das. Da kostet der Kameramann für diese Stunden und Equipment, also kommen vielleicht mit Mehrwertsteuer ungefähr Euro 2.000,- pro Sitzung heraus. Wenn man das möchte. Oder es gäbe auch Möglichkeiten, dass man sagt, man schafft so eine Kamera an und die RiS bedient das dann. Also da gibt es mehrere Varianten. Rechtlich ist es nach wie vor so, dass man auf relativ dünnem Eis ist und wir könnten es tun, wenn uns das wichtig ist und wir dann im Endeffekt auch das Geld dafür vorsehen. So, das war das Formale und wie ich glaube das Wichtige, aber dann gibt es noch viele andere Dinge die geschehen sind.

Die Literaturtage, da haben wir gerade ein Pressegespräch gehabt. 2. bis 4. Juli zu Pfingsten, erstmals Literaturtage in einer sehr, ja, literaturaffinen Stadt. Die Einladungen an den Gemeinderat und an die Stadtsenatsmitglieder, aber auch an die Deutschprofessoren und Professorinnen werden noch ergehen. Es ist eine gute Gelegenheit, da im Endeffekt junge und auch arrivierte Autoren der österreichischen Literaturszene hautnah kennen zu lernen und im Endeffekt auch Leseproben von ihnen mitzunehmen. Der besondere Charme glaube ich, dieses neuen Veranstaltungsformates, so muss man sagen, wird sein, dass er in den Innenhöfen stattfindet, schönes Wetter natürlich vorausgesetzt. Der Rathausinnenhof, da wird die Eröffnung sein, am Freitag, am 2. Juni, dann wird im Rahofer Arkadenhof gelesen werden, beim Ennsthaler wird gelesen werden und am Sonntag dann auch mit Musik dann noch in der Schwechater oben. Also eine Einladung und eine Aufforderung das auch weiter zu tragen und Werbung dafür zu machen. Literatur, wie gesagt in Steyr, hier immer ein Thema, unsere Stadtbücherei ist ja im Endeffekt sehr intensiv dabei. Es hat ja auch vor kurzem auch eine sehr, sehr nette Veranstaltung und auch gut besuchte gegeben. Das war genannt Bubenzeit, letztes Wochenende in der Bücherei, wo im Endeffekt zwei Ausschüsse des Steyrer Gemeinderates sich zusammengetan haben, der Gleichbehandlungsausschuss und der Kulturausschuss und ganz gezielt in den Volksschulen geworben haben für einen Lesevormittag in der Bücherei, speziell für Buben maßgeschneidert. Da haben sich viele verdient gemacht, unter anderem auch der Till Mayrhofer, aber auch viele Kolleginnen von der freiheitlichen Fraktion und von der SPÖ die Kapeller Barbara mit dem Ausschuss und die Anne-



liese, Florian Schauer, um einige zu nennen. Es gibt da nette Fotos und durchschlagender Erfolg, ich glaube es waren 42 Buben geplant, dann sind es 62 Kinder geworden, 53 geworden. Ein paar Mädchen sind auch dabei gewesen. Die wollten unbedingt auch teilnehmen. Es war eine schöne Premiere und denke, ja, schreit fast nach Fortsetzung. Aber danke an alle, die sich hier engagiert haben, das möchte ich auch in diesem großen Forum sagen. Aber was könnte ich noch mitteilen. Ja, dass in Steyr extrem viel los ist, das ist bekannt. Im Endeffekt mit dem Maibaum aufstellen geht es durch, will nicht sagen, dass wir Partymeile sind am Stadtplatz, aber schon so etwas Ähnliches. Also, es kommt das Beachvolleyball, es kommt der Gewerbeflohmarkt, es kommt die Ennstal-Classic. Jetzt haben wir noch das Genussfest dazwischen gehabt, eine tolle Geschichte, das Stadtfest sowieso ein Highlight und der Stadtlauf. Also es tut sich Einiges in dieser Stadt. Jetzt schaue ich noch, ob ich unbedingt noch etwas sagen wollte. Nein, dann sage ich nur noch die Geschichte mit der Arbeitsmarktlage, die sich Gott sei Dank auch in Steyr entspannt, nicht nur österreichweit. Wir haben im April 3.491 Personen im Bezirk arbeitslos gemeldet gehabt und gegenüber dem Vorjahr hat sich diese Gesamtsumme verringert um 4,49 % und im April war die Arbeitslosenquote 8 %. Wenn ihr euch erinnert, wir waren schon bei 10 und 11 und der Österreichwert ist 8,6, wir sind bei 8. Das ist ganz - gut ist es nicht, aber es ist schon besser. Oberösterreich wird, sage ich auch dazu, im April 5,4%, da ist das breite Land auch dabei. Ja das waren meine Mitteilungen. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen, was ich mir vorgenommen habe oder was mir jemand gesagt oder was ich sagen sollte, weil es notwendig ist und wichtig ist.

**Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:**

**Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES** gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt der Einladung bei.)

**Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Gut, dann sind wir schon in der Tagesordnung bei den Verhandlungsgegenständen. Aktuelle Stunde keine.

Bevor ich zu meiner Berichterstattung komme, darf ich den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Hauser übergeben.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Ich übernehme den Vorsitz und erteile für deinen ersten Tagesordnungspunkt das Wort.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Jetzt ist mir doch noch was eingefallen.

Weil wir es im letzten Gemeinderat, bzw. im Vorletzten, nein im Budgetgemeinderat haben wir doch diskutiert über diese Vorgaben des Landes Oberösterreich. Mindestgebühren und es wurde ja im Endeffekt hinterfragt, ob das Land Oberösterreich mit ihren Erlässen überhaupt solche Mindestgebühren festsetzen kann. Und da es divergierende Meinungen gegeben hat, der Herr Magistratsdirektor hat das beim Land Oberösterreich angefragt, wie das denn jetzt zu verstehen ist, mit diesen Mindestgebühren, mit diesen Normierungen. Und sie haben uns, ich kann das Schreiben dann gerne auch weiterschicken, sie haben uns zurückgeschrieben, die von Ihnen angesprochene Mindestanschlussgebühr- bzw. Mindestbenützungsgebührenregulierung basiert auf Beschlüssen der Landesregierung. „No-na“ und stellt eine Regelung, die Umsetzung der Förderungsrichtlinie des Landes Oberösterreich für Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft, für die Wasserver- und Abwasserentsorgung dar. Und jetzt ist der entscheidende Satz: Die Einhebung von Mindestgebühren ist Voraussetzung für die Gebühren, für die Gewährung von Landesfördermitteln. Das ist ja die Argumentation, wo man sagt, ja dann geben sie uns die nicht. Sodass zumindest dann von einer Ver-

bindlichkeit ausgegangen werden muss, wenn eine Gemeinde für den Bau von Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen entsprechende Fördermittel des Landes beansprucht. Das heißt, wenn wir sagen könnten, was nicht der Fall ist, wir brauchen die Fördermittel nicht, dann könnten wir sagen, interessiert uns nicht. Wenn doch und da gibt es ja zum Beispiel Kanalbaudarlehen, Reinhaltungsverbandfördergelder des Landes, die würden uns dann, zumindest ist das die Aussage, die einzig konkrete, die haben ja ein bisschen etwas vorher auch noch geschrieben, des Landes Oberösterreich. Gebe das Antwortschreiben gerne weiter, aber es war mir nur wichtig. Ich habe gewusst, irgendetwas habe ich vergessen. Weil das Thema war und der Herr Magistratsdirektor hat da angefragt.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Zum ersten Tagesordnungspunkt.

### **RICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

#### **1) Fin-62/17                      Personalvertretung; Subvention der Personalbetreuung 2017.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So und jetzt wären wir bei meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um die Subvention der Personalbetreuung 2017 für die Personalvertretung des Magistrates. Wir haben eine Abrechnung, der Gesamtaufwand für diese Aufgaben, die die Personalvertretung hatte, betragen für 2016 € 111.536,--. Im Budget vorgesehen als Unterstützung der Stadt für die Mitarbeiterbetreuung, sei es Betriebsversammlungen, Weihnachtsfeiern, Schulungen, Sportveranstaltungen, Zuschüsse für Betriebsausflüge sind € 27.000,--. Das ist vorgesehen. Ich glaube ein angemessener Betrag und ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Präsidiales und Bürgeranwalt vom 23.03.2017 wird der Personalvertretung des Magistrates der Stadt Steyr zur Durchführung der Personalbetreuungsaufgaben für das Rechnungsjahr 2017 eine Subvention in Höhe von insgesamt EUR 27.000,-- gewährt und bei der VA-Stelle 1/094000/757000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Gibt es dazu? Bitte sehr Herr Kollege Freisais.

GEMEINDERAT PIT FREISAIS

Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe die Kritik letztes Jahr schon geäußert, ich wiederhole sie dieses Jahr. Mir wäre es lieber die Stadt als Arbeitgeber fördert die Mitarbeiter direkt, fördert direkt eine Weihnachtsfeier, fördert direkt Betriebsausflüge, anstatt dass das zwischengereicht wird an politische Funktionäre. Daher werde ich mich bei dem Antrag enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke, gibt es eine weitere Wortmeldung. Dem ist nicht der Fall. Schlusswort.

Dann kommen wir zur Abstimmung, wer also mit dem gestellten Antrag von dem Herrn Bürgermeister einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung. Damit mehrheitlich angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **35**

Zustimmung: 34

**SPÖ 15** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höller, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 10** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (StR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

Stimmenthaltung: 1

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

**2) Präs-397/02                    Änderung der Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 4.7.2002 betreffend die Einreihung von Verwendungen in der Stadt Steyr (Einreihungsverordnung der Stadt Steyr – EV 2002).**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es darum, dass wir hier eine Verordnung oder um eine Rechtsänderung des Landes Oberösterreich nachvollziehen sollen und müssen. Es geht um eine Einreihungsverordnung für zukünftige Mitarbeiter, die wir so wie das Land Oberösterreich auch nachvollziehen wollen und sollen. Es geht um Qualifikationsausgleich. Wie viele Monate Vordienstzeiten angerechnet werden können. Mit welcher Ausbildung und da geht es von 36 Monate für die Verwendung bei einem Fachhochschulstudium oder Universitätsstudium mit Bachelorniveau. Das sind also mindestens 180 ECTS Punkte, 48 Monate für Verwendung für ein Diplomstudium auf Masterniveau, 60 Monate für die Verwendung, die ein Diplomstudium mit mindestens 300 ECTS Punkten erforderlich macht, oder 72 Monate für ein Medizinstudium. Und bei der FL Ausbildung sind es bis zu 18 Monate für die Funktionslaufbahn FL 25 und 24. Bis zu 36 Monate für die Funktionslaufbahn 23, 22, 21 usw.. Ich ersuche, dass wir so wie das Land Oberösterreich diese Änderung vornehmen und das dann auch so gilt.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung vom 20. März 2017 wird die Änderung der Einreihungsverordnung der Stadt Steyr – EV 2002 – in der Form der beiliegenden Verwaltungsänderung gem. §§ 138 Abs. 3 und 4 und 139 des Oö. Statutargemeinden-Bedienstetengesetzes 2002 in Verbindung mit § 46 (1) StS. 1992 genehmigt.

Gem. Artikel VIII des Oö. Landes- und Gemeinde-Dienstrechtsänderungsgesetzes 2017, LGBl. Nr. 87 vom 29.12.2016, tritt diese Verordnung mit 1. Jänner 2017 in Kraft. Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gem. § 65 Abs. 1 Statut der Stadt Steyr 1992 durch zweiwöchigen Anschlag an der Amtstafel.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gut, gibt es dazu eine Wortmeldung. Dem ist nicht der Fall. Der Antrag wurde gehört. Wer also damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gibt es gegenteilige Meinungen? Stimmenhaltungen? Nicht der Fall, einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### 3) Pers-080

#### **Bestellung der Mitglieder der Bediensteten-Schutzkommission gem. § 47 Oö. Bediensteten-Schutzgesetz 2017 – Oö. BSG 2017.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nächster Tagesordnungspunkt. Wir müssen die Mitglieder der Bediensteten-Schutzkommission gemäß dem § 24 des Oö. Bediensteten-Schutzgesetzes neu besetzen. Die dafür vorgeschlagenen Funktionäre oder Persönlichkeiten sind dem Amtsbericht zu entnehmen und ich ersuche um Beschlussfassung. Das ist mit den dafür zuständigen Leuten abgesprochen. Die werden diese Funktion auch annehmen und der Großteil ist ohnehin nominiert.

#### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung vom 22. März 2017 wird gem. den Bestimmungen des § 47 Oö. BSG 2017 für die restliche Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates folgende Kommission bestellt:

<b>Funktionen</b>	<b>Mitglied</b>	<b>Ersatzmitglied</b>
ein Vertreter der Gewerkschaft younion, Landesgruppe Oö gem. § 47 Abs. 2 Zi. 2 Oö BSG 2017	Rorweger Stefan	Greinöcker Sandra
zwei Vertreter des Dienstgebers gem. § 47 Abs. 2 Zi. 3 Oö BSG 2017	Ing. Braunsberger Robert Greinöcker Hans	Ing. Hingerl Franz-Michael Aigner Gerhard
ein Mitglied der Personalvertretung gem. § 47 Abs. 2 Zi. 4 Oö BSG 2017	Vollenhofer Günther	Kaliba Thomas
Ein Mitglied mit abgeschlossenem Studium der Technik gem. § 47 Abs. 2 Zi. 5 Oö BSG 2017	DI. Prantl Norbert	DI. Arbeitgeber Franz
Arbeitsmediziner/in gem. § 47 Abs. 3 Zi. 6 Oö BSG 2017	Dr. Stellnberger Birgit	Dr. Obermayr Markus

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

OK. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Bitte Frau Kollegin Lindinger.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MSc:

So, werte Damen und Herren, liebe Gäste. Was mir auffällt bei dieser Bestellung ist, es sind fünf Männer und eine Frau, sowohl bei den Mitgliedern als auch bei den Ersatzmitgliedern. Und es steht auch im Frauenförderplan natürlich auch drinnen, allerdings nur als Empfehlung, dass man eben wie bei Kommissionen oder bei sonstigen Besetzungen irgendwie schauen sollte, dass man da eine gewisse Parität zusammen bringt. Ich weiß nicht, also ich würde einfach anregen, dass man schaut, bei zukünftigen Bestellungen von Kommissionen oder unterschiedlichsten Gremien, dass man das auch im Blick hat.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:  
Dankeschön. Noch eine Wortmeldung?

*(unverständliche Rufe aus der Bank und Zwischenrufe)*

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Warum diese Personen genannt wurden und sich bereit erklärt haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Tut mir leid. Ich habe die Kommission nicht zusammengestellt. Aber manche Dinge sind normiert, ich kann das vielleicht vorlesen. Dieser Kommission gehören also mehr oder minder sowieso an die Magistratsdirektoren oder Magistratsdirektor, eine von ihr beauftragte Vertretung als Vorsitzender, eine Vertreterin der Gewerkschaft younion, Landesgruppe OÖ, und die entsenden die, die machen Vorschläge und wir stellen die Vorschläge dann im Endeffekt in das System. Aber ich kann das gerne an die einzelnen Stellen noch weitergeben, dass der Wunsch gewesen wäre, vielleicht beim nächsten Mal mehr Frauen zu schicken. Mache ich gerne.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

OK. Jetzt steht der Antrag zur Abstimmung. Gibt es eine gegenteilige Meinung zum Vorschlag? Gibt es Stimmenthaltungen dazu? Dem ist nicht der Fall. Somit einstimmig angenommen.

Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

#### **4) GemLUST-21/15      Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr. Wie Ihnen bekannt ist, gibt es immer wieder Probleme mit diesen Wettbüros. Die Lustbarkeitsabgabe auf diese Wettterminals werden nicht gerne bezahlt, es wird gerne prozessiert. Da gibt es jetzt eine Möglichkeit, das ein bisschen hinten anzuhalten. Derzeit ist es ja so, dass wir einen Jahresbescheid ausstellen und der im Endeffekt immer wieder beeinsprucht werden kann. Und die neue Regelung sieht vor, dass wir hier von diesem Jahresbescheid wegkommen zu einem Dauerbescheid. Dann ist das nicht mehr so leicht möglich und die Gebühreuzahlung im Endeffekt auch auf monatlich umstellen. Eine sinnvolle Vorgangsweise, die uns vielen rechtlichen Kleinkram ersparen wird, ich ersuche um Beschlussfassung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 03. April 2017, wird die in der Anlage beigeschlossene Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit dem Ablauf der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr, zu erfolgen.

### **LUSTBARKEITSABGABEORDNUNG DER STADT STEYR**

beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom .....

Die Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Steyr, GemLUST-21/2015, zuletzt novelliert mit Beschluss vom 17.11.2016, wird wie folgt geändert:

## **Artikel I**

### **§ 7 hat zu lauten:**

(1) Die Abgabenschuld entsteht mit der Inbetriebnahme der Spielapparate bzw. Wettterminals.

(2) Die Abgabenbehörde hat die Abgabenschuld bescheidmäßig festzusetzen. Sofern die Abgabe regelmäßig in gleichbleibender Höhe festzusetzen (vorzuschreiben) ist, darf die Abgabenbehörde im Interesse der Zweckmäßigkeit der Abgabenerhebung im Abgabenbescheid festlegen, dass diese Festsetzung auch für die folgenden Abgabenzeiträume gilt. Ein solcher Bescheid ist als „Dauerbescheid“ zu erlassen.

(3) Ein neuer Abgabenbescheid ist zu erlassen, wenn sich die rechtlichen und/oder tatsächlichen Voraussetzungen für die Festsetzung ändern. Tatsächliche Änderungen sind dem Magistrat unverzüglich und wahrheitsgemäß anzuzeigen (§ 119 BAO).

(4) Die Abgabe ist am 15. eines Monats für den unmittelbar vorangegangenen Monat zur Zahlung fällig und zu entrichten.

## **Artikel II**

Diese Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. Sie tritt mit 1.7.2017 in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

OK. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich über den Antrag abzustimmen. Wer ist damit einverstanden bitte? Danke. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Keine, einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### **5) Fin-125/10                      Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung.**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mein nächster Tagesordnungspunkt eine Bedarfszuweisung für das Museum Arbeitswelt vom Land OÖ für das Museum Arbeitswelt für das laufende Museumsjahr mit € 300.000,-- gefördert. Das läuft über die Stadt Steyr. Wir geben das Geld nur weiter. Und ich ersuche um Beschlussfassung.

### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 25. April 2017, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von € 300.000,-- an das Museum Arbeitswelt, als Museumsförderung des Landes Oberösterreich für das Jahr 2017, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VAST 5/360000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von € 300.000,-- für das Rechnungsjahr 2017 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Bitte Frau Kollegin Kattnigg.

GEMEINDERÄTIN BA(FH) EVELYN KATTNIGG

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe mir ausführlich noch einmal zu dem Thema Museum Arbeitswelt die Zeit genommen, um mir den letzten Antrag noch einmal im Detail anzuschauen, und zwar ist es da um das Jahressubventionsansuchen gegangen in Höhe von € 179.200,--, das im Gemeinderat von der Stadt Steyr genehmigt worden ist. Da ist die Rede bei dem Antrag vom Museum Arbeitswelt als Museum für einen außerschulischen Lernort und demokratischer Diskursort. Und meiner Ansicht nach, ist hier im Museum Arbeitswelt, was die Demokratie betrifft überhaupt nicht die Rede. Das Thema Demokratie wird im Museum Arbeitswelt aus meiner Sicht nicht gelebt. Das kann ich ihnen auch erklären, warum das so ist. Weil die Geschäftsführung, wie sie wissen, Katrin Auer, gegen unseren damaligen Bundespräsidentenskandidat entsprechende Äußerungen gegen die FPÖ Wählerschaft gemacht hat. Das möchte ich hier klar noch einmal dazu sagen. Es ist keine Stätte, wie ich gesagt habe, wo Demokratie gelebt wird und Herr Bürgermeister ich möchte hier nun auch noch einmal dazu sagen, auf Grund von Ihrer Rede, wie der Herr Van der Bellen, der Bundespräsident Van der Bellen da war. Für mich ist das Museum Arbeitswelt entbehrlich. Es ist ein Ort wo viele Subventionen gezahlt werden. Und der Grund warum ich hier soweit aushole ist der, es werden heute wieder Subventionsmittel, also genau genommen Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von € 300.000,-- durch den Gemeinderat durchgeschleust und müssen hier abgestimmt werden, die noch in keiner Regierungssitzung entgegen diesem Amtsvertrag genehmigt wurden. Ich betone, dass diese Mittel, ich habe recherchiert, sind noch nicht genehmigt worden. Ich bin der Sache wirklich auf den Grund gegangen und die Frau Landesrätin Gerstorfer hat einen Amtsvertrag diesbezüglich zu den € 300.000,-- gemacht, aber der wurde von ihr wieder zurückgezogen. Aber möglicherweise ist die Frau Landesrätin im Moment mit ihren Plakataktionen zu sehr beschäftigt, dass sie einfach auf die gesetzlichen Regelungen und Vorgaben nicht geschaut hat. Daher beantrage ich, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen oder zurückzustellen und erst die Beschlüsse, wie es ordnungsgemäß gehört, in der Landesregierung abzuwarten und dann den Durchlauf durch den Gemeinderat noch einmal zu machen. Das ist meine Damen und Herren aus meiner Sicht gelebte Demokratie. Abläufe und Gesetze einzuhalten und eben entsprechend mit den Steuergeldern hier umzugehen.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Frau Kollegin Lindinger.

GEMEINDERÄTIN MARIA LINDINGER, MSc:

Gut. Ja ein paar Bemerkungen dazu. Das erste ist, ich meine ich bin Lehrerin. Unsere Schüler fahren immer wieder zur Demokratiewerkstatt in das Museum Arbeitswelt und ich glaube, sie bekommen dort wirklich gute Grundlagen mit, wie unsere Demokratie funktioniert. Sie haben da verschiedene Programme und soweit ich das jetzt in den Rückmeldungen von Schülern und Kollegen und auch Eltern mitbekomme, ist das eine ziemlich gute Sache. Soweit zum Bildungsauftrag. Das andere ist, wir hatten jetzt gerade dieses 30 Jahre Fest des Museum Arbeitswelt und es waren unglaublich viele Leute da. Es war der Bundespräsident da, es war der Justizminister da, es waren Landtags- und auch Nationalratsabgeordnete da und auch sonst sehr viele Menschen, die das Museum auch mittragen. Und ich denke mir, man kann aus dem schon ablesen, welche Akzeptanz das Museum hat und welche Rolle das spielt. Das ist nicht irgendein Museum sondern das ist schon auch ein wirklich besonderes Museum in Österreich. Und insofern halte ich es schon gar nicht für entbehrlich und ich denke, wir können wirklich stolz sein, so ein Museum hier zu haben. Und diese € 300.000,--,

ich meine, die kommen vom Land um das zu unterstützen. Wir alleine zahlen € 900.000,-- im Jahr für das Museum am Grünmarkt. Also um hier einmal ein bisschen die Relationen für den laufenden Betrieb, um auch bisschen die Relationen auch herein zu nehmen. Danke

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich muss jetzt einmal unterbrechen, lieber Kollege König bleib sitzen. Weil das, was nämlich die Frau Kollegin Kattnigg nicht dazu gesagt hat ist, dass ihr Antrag eigentlich ein Geschäftsordnungsantrag ist, nämlich die Absetzung oder Zurückstellung des Antrages von der Tagesordnung. Daher gibt es jetzt keine inhaltliche Diskussion, sondern für jede Fraktion noch einmal die Möglichkeit eine Wortmeldung dazu zu machen, ob man den Antrag von der Tagesordnung nimmt oder nicht. Ich eröffne daher die Diskussion über den Geschäftsordnungsantrag. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Mayrhofer bitte.

**STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:**

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste. Ich finde es bedauerlich, dass man einen durchaus wichtigen Hinweis, dass etwas vielleicht mit einem Antrag nicht in Ordnung ist, oder dass er zu früh eingebracht wird, dass man das verbindet wieder mit einer parteipolitischen Polemik. Das ist nicht gut, das finde ich nicht in Ordnung. Die persönliche Meinung der hier ansässigen Mandatäre kennen wir, überhaupt keine Frage. Ich glaube nur, wir sollten auch anerkennen, dass es hier um die Bedarfszuweisungsmittel vom Land OÖ geht und gerade sie, Frau Kollegin Kattnigg, sind ja auch im Landtag vertreten. Das heißt, wenn sie hier ein Problem haben, dann würde ich vorschlagen, artikulieren sie sich im Landtag, dort ist der richtige Ort. Wir sind eigentlich nur im Prinzip so etwas wie ein Briefträger und leiten das Geld, das uns das Land für das Museum Arbeitswelt gegeben hat, weiter. Ich glaube, wir sollten aber wirklich überprüfen, ob dieser Antrag eingebracht wurde im Landtag oder nicht. Es wäre fatal, wenn wir den Hinweis haben und wir fassen jetzt einen Beschluss trotz diesem Hinweis. Das heißt, ich glaube, dass es hier sinnvoll wäre, wenn wir das aussetzen und auf den nächsten Gemeinderat verschieben.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Kollege Zötzl bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Sehr geehrte Damen und Herren, werte Gäste, liebe Schüler. Ich kann meiner Vorrednerin, der Evelyn Kattnigg nur vollkommen Recht geben inhaltlich und auch dem Herrn Mayrhofer sagen, es gibt nicht nur die Einstellung der FPÖ, sondern es gibt auch die anderen, die anderen haben einen anderen Zugang. Also das muss schon erlaubt sein und ich glaube, das ist auch legitim, dass man das hier vor Ort kund tut. Was ich aber schon noch ein bisschen erschreckend finde ist, wenn man das einfach so zur Kenntnis nimmt, dass am 24. April 2017 in der Landesregierung die Bedarfszuweisung von € 300.000,-- für das Museum Arbeitswelt genehmigt worden sind, wo das gar nicht stattgefunden hat. Also da muss ich sagen, ist es völlig gerechtfertigt, wenn die Frau Kattnigg hier Kritik übt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Die Frage ist nur, ob das stimmt. Wie sollen denn wir das wissen?

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Ich sage dann eh noch was dazu.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja, bitte. Eine Aussage von der Frau Kattnigg. Ich war nicht dort in der Regierungssitzung. Unverständliche Zwischenrufe.



**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ich sage ihnen was ich dazu sage. Es kann auch stimmen, aber nur.... Nein, ich habe gesagt, ich weiß nicht, ob das stimmt. Ich sage ihnen dann warum wir den Beschluss hier herinnen haben. Weil wir haben uns ja nichts ausgedacht. Gut dann bitte ich um Aufklärung. Zuerst einmal, es wird eh protokolliert sein, wenn ihre Meinung, dass im Museum Arbeitswelt keine Demokratie stattfindet, ist das ein starkes Stück und ist ihre persönliche Meinung. Sie müssen das eh dann rechtfertigen. Weil der Kausalzusammenhang, nur weil die Leiterin des Museum Arbeitswelt da eine politische Aussage getätigt hat, als Privatperson, daraus abzuleiten, dass im Museum Arbeitswelt keine Demokratie stattfindet, ist wirklich stark. Aber wir werden es ja dann nachlesen, ist eh ihre Verantwortung. Zu diesem Antrag. Wir haben ein Schreiben, ein Mail vom Büro Gerstorfer, dass am 24. April in der Regierungssitzung das beschlossen wird, diese Förderung. Und darauf aufbauend haben wir diesen Amtsbericht geschrieben. Wenn sie uns das jetzt sagen, hören wir das zum ersten Mal. Unterstelle ich keinem, kann auch stimmen, wird auch stimmen, ich weiß es nicht. Wenn sie dabei waren und etwas Schriftliches haben dass das zurückgezogen wurde, frage ich mich, warum sie das nicht vorher gesagt haben. Wir sind davon ausgegangen, weil wir ein Schreiben von der Landesrätin Gerstorfer haben, dass das in der Regierungssitzung beschlossen wird. Wir sind, so wie sie, nicht in der Regierungssitzung. Dass sie ihr Wissen jetzt da erst ausspielen, weiß ich nicht, warum sie das tun. Ob das lustig ist oder sonst irgendetwas. Für uns nicht. Wir können es gerne absetzen. Weil wir sowieso kein Problem haben die € 300.000,- und der Kollege Mayrhofer hat es ja gesagt, die winken wir da durch, ist ja ein Zeichen dafür, wie sehr auch das Land OÖ das Museum Arbeitswelt schätzt. Wir winken das nur durch. Und wir können jederzeit auch wenn wir diesen Beschluss fassen oder fassen würden, haben wir null Problem, gehen wir gar kein Risiko ein, wenn der Betrag ohnehin erst ausbezahlt wird, wenn das beschlossen wird und worden ist. Wir sind davon ausgegangen, bis heute, bis zu ihrer Aussage, dass das der Fall war. Aus gutem Grund, nicht weil wir uns das gerade ausgedacht haben den 24. Wenn sie uns erklären, dass das ganz sicher so ist, ich weiß nicht wer es ihnen gesagt hat, weil sie sind nicht in der Regierung. Von wem haben sie die Informationen? Wenn es so ist, dann nehmen wir das zur Kenntnis, heißt aber nicht, dass wir es trotzdem beschließen können, weil wir es eh erst auszahlen, wenn dann dieser Beschluss gefasst wurde. Aber nur weil jetzt so die Kritik kommt, weil wie kann denn hier ein Antrag gestellt werde, wenn das nicht einmal beschlossen wurde. Weil die Information war, es wird beschlossen. Und kein Mensch sagt, wenn das Büro vom Landesrat schreibt das wird beschlossen, fahren wir rüber zur Regierungssitzung schauen, ob das wirklich der Fall ist. Die Zeit haben wir nicht. Und wenn sie die Information schon länger haben, frage ich mich, warum sie sie nicht weitergegeben haben.

Unverständliche Zwischenrufe.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ist wirklich ein starkes Stück.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich jetzt darüber abzustimmen, ob wir den Antrag von der Tagesordnung zurückziehen. Wer damit einverstanden ist, bitte ein Zeichen mit der Hand.

Unverständliche Zwischenrufe

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

... ich gehe davon aus, dass das stimmt. Ja, wer ist dafür? Ich weiß es nicht.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Damit ist er einstimmig zurückgezogen und kommt damit dann auf die nächste Tagesordnung.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes wurde **einstimmig** angenommen.

**6) BauR-2/17**

**Auswirkungen eines VfGH-Urteils auf die Übertragungsverordnung der Zuständigkeit des Gemeinderats betr. die Zuständigkeit zur Einleitung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungsverfahren auf den Stadtsenat.**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Nächster Tagesordnungspunkt. Wir haben durch ein Verfassungsgerichtsurteil einige Dinge rechtlich zu erneuern, nachzuholen. Derzeit war es so, und es war auch immer gültige Rechtsmeinung, dass wir den Flächenwidmungsplan nicht im Gemeinderat beschließen bzw. ändern können, sondern diese Kompetenz an den Stadtsenat übertragen haben. Es gibt jetzt ein neues Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, dass das in dieser statischen Verordnung nicht möglich ist. Wir müssen es extra neu beschließen. Und das ist jetzt ein Antrag, dass wir das so tun, beibehalten wollen, wie wir es bisher gemacht haben, weil es Sinn macht, dass der Stadtsenat hier die Instanz bleibt und nicht der Gemeinderat wieder wird.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Präsidiales und Bürgeranwalt wird beiliegende Verordnung genehmigt.

Die Verordnung ist an der Amtstafel der Stadt kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

## **VERORDNUNG**

des Gemeinderats der Stadt Steyr vom 11.5.2017, betreffend die Übertragung von Zuständigkeiten des Gemeinderats nach dem Oö. Raumordnungsgesetz 1994 auf den Stadtsenat.

Gemäß § 46 Abs. 2 StS. 1992, LGBl. Nr. 9/1992, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 41/2015, wird verordnet:

### **§ 1**

Die Zuständigkeit zur Beschlussfassung über die Einleitung des Verfahrens zur Erlassung oder Änderung eines Flächenwidmungsplans, eines Teils eines Flächenwidmungsplans oder eines Bebauungsplans (§ 33 und § 36 Oö. ROG 1994, LGBl. Nr. 114/1993 i.d.F. LGBl. Nr. 69/2015) wird vom Gemeinderat auf den Stadtsenat der Stadt Steyr übertragen.

### **§ 2**

Die Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Gemeinderats vom 12.5.1987 (BauR-1753/1987) außer Kraft.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Gut, der Antrag wurde gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand für die Zustimmung zu diesem Antrag. Ist jemand dagegen? Enthaltung? Einstimmig angenommen.

Nächster Tagesordnungspunkt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**7) Präs-147/17                    Auswirkungen eines VfGH-Urteils auf die Übertragungsverordnung der Zuständigkeit des Gemeinderats betr. Erlassung von straßenpolizeilichen Verordnungen gemäß § 94d StVO 1960 auf den Stadtsenat.**

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja, in meinem letzten Tagesordnungspunkt geht es wieder um diese Zuständigkeiten. Dasselbe Spiel wie vorher. Hier geht es aber um die straßenpolizeiliche Verordnung, wo wir ebenfalls der Meinung sind, dass das weiterhin beim Stadtsenat bleiben soll, die Kompetenz. Und wir werden dann im Stadtsenat einen Beschluss fassen, dass vom Stadtsenat auf den zuständigen Referenten übertragen wird, damit das, was wir bisher getan haben, im Sinne der Verwaltungsvereinfachung, Entscheidungsbeschleunigung auch in Zukunft stattfinden kann. Ich ersuche um Beschlussfassung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Präsidiales wird beiliegende Verordnung genehmigt. Die Verordnung ist an den Amtstafeln der Stadt kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

## **VERORDNUNG**

des Gemeinderats der Stadt Steyr vom 11.5.2017, betreffend die Übertragung von Zuständigkeiten des Gemeinderats nach der Straßenverkehrsordnung auf den Stadtsenat.

Aufgrund § 46 Abs. 2 StS. 1992, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.F. LGBl. Nr. 41/2015 wird verordnet:

### **§ 1**

Die Zuständigkeit zur Erlassung von straßenpolizeilichen Verordnungen gemäß § 94d StVO 1960, BGBl. 159 i.d.F BGBl. I Nr. 6/2017, wird vom Gemeinderat auf den Stadtsenat der Stadt Steyr übertragen.

### **§ 2**

Die Verordnung ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.  
Gleichzeitig tritt die Verordnung des Gemeinderats vom 23.1.1992 (Präs-1488/1991) außer Kraft.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Der Antrag wurde gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Dem ist nicht der Fall. Dann ersuche ich auch hier um ein Zeichen mit der Hand, wenn sie zustimmen, wer damit einverstanden ist. Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Ebenso nicht. Damit einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Herr Bürgermeister, deine Tagesordnungspunkte sind erledigt, ich gebe dir den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, übernehme den Vorsitz und darf als Berichterstatter den Herrn Vizebürgermeister Wilhelm Hauser ersuchen, bitteschön.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

So meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir bedanken uns für den Besuch. Hoffen, dass ihr etwas Positives mitgenommen habt. (Schulklasse verlässt den GR-Saal)

### **8) GHJ2-30/17                      Errichtung einer Videoüberwachung im Bereich Stadtplatz-Pfarrgasse.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

So geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse, geschätztes Präsidium. Mein erster Tagesordnungspunkt behandelt die Errichtung einer Videoüberwachung im Bereich Stadtplatz und Pfarrgasse. Wir sind ja schon länger beschäftigt damit, denn wir haben ja am 17.11.2016 diese Resolution dazu beschlossen. Und haben letztlich die Vorarbeiten alle dazu geleistet und gemeinsam mit der Polizei und in der Abstimmung des Bundesdenkmalortes haben wir auch die drei Standorte festgelegt. Mittlerweile ist es ja eh allen bekannt. Am Stadtplatz 39 Dr. Schwarz-Hofer, am Stadtplatz 46 Raiffeisenbank, obwohl ich gehört habe, dass das Haus ja jetzt schon verkauft sein sollte und einen neuen Besitzer hat und in der Pfarrgasse 9 von der Frau Dr. Susanne Döberl. Dort sollen also diese 3 Kameras errichtet werden. Und in der Absprache natürlich auch der Kompatibilität für diese ganzen Anlagen und wurde mit der Polizei dahingehend Absprache gehalten, was alles notwendig ist. Und die Firma Siemens hat also hier diese Kameras die also eine Übertragungssicherheit haben von einer Schärfe, wo man auch die Dinge erkennen kann, von 200 Metern und das auch in der Nacht, bis hin zu allen Bauarbeiten, die notwendig sind. Es liegt im Amtsbericht ja auch vor, welche Firmen hier dementsprechend beauftragt werden sollen. Es geht um eine insgesamte Summe von € 105.844,59 und letztlich fehlt nur eine einzige Geschichte, nämlich die Genehmigung des Bundesministeriums für Inneres dazu, aber laut unseren Auskünften sollen wir in spätestens 14 Tagen das auch haben. Und daher ersuche ich jetzt, das zu diskutieren bzw. dann zu beschließen. Die Auftragsvergaben erfolgen aber natürlich erst dann, wenn sozusagen auch die Genehmigung des Bundesministeriums für Inneres eingetroffen ist.

### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 9. März 2017 werden die Firmen

1. Siemens Österreich AG – HD-Kameras	€ 34.591,30 exkl.USt	€ 41.509,56 inkl.USt
2. Schoiswohl – Erd- und Baumeisterarb.	€ 17.388,57 exkl.USt	€ 20.866,28 inkl.USt
3. KBS städt. Elektriker – E-Installation	€ 29.713,23 exkl.USt	€ 35.656,00 inkl.USt
4. Energie AG – Netzbereitstellung	€ 416,00 exkl.USt	€ 499,20 inkl.USt
5. A1-Telekom – Datenzugang	€ 5.250,00 exkl.USt	€ 6.300,00 inkl. USt

beauftragt. Für Unvorhergesehenes wird insgesamt ein Betrag von € 2.450,80 exkl. USt.(€ 2.940,96 inkl. USt.) bewilligt.

Zum genannten Zweck werden bei der VASt. 5/612000/050000 – Gemeindestraßen/Sonderanlagen Mittel im Ausmaß von € 105.844,59 inkl. USt freigeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von € 105.844,59 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 105.844,59 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, zu Wort gemeldet der Vizebürgermeister Dr. Zöttl, bitte Helmut.

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Ja sehr geehrte Damen und Herren. Wir sehen das sehr positiv, dass nach langen Diskussionen und auch langem Versuchen auch, dass man zu einer Lösung kommt, hier diese Kameras installiert werden. Es ist das Einvernehmen mit der Polizei, bzw. die Absprachen positiv verlaufen sind. Es ist sehr lobenswert und danke an die Polizei auch. Jetzt können wir nur mehr noch hoffen, dass die Kameras die Wirkung, die wir uns erhoffen bringen, damit in Zukunft Fälle, wie wir sie in der Vergangenheit gehabt haben, wo Leute zu Schaden gekommen sind in den Nachtstunden, dass diese ausbleiben und das Abschreckungspotential dieser Kameras wirklich volle Wirkung zeigen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, als nächster zu Wort gemeldet, Herr Magister Prack bitte.

**GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher, nicht mehr so viele wie vorhin. Ich habe nicht das Gefühl, dass wir zu einer Lösung gekommen sind. Sie wissen ja über die Skepsis der Grünen Fraktion zu diesem Thema Videokameras. In Anbetracht der Summe ist die Skepsis noch größer geworden. Mit diesem Geld hätte man aus unserer Sicht wesentlich besseres anfangen können, was der Gewaltprävention dienlicher gewesen wäre, als diese Videoüberwachung. Ich erspare ihnen, ja ist eh klar, das ist immer das Gleiche. Aber ist eh egal. Ich erspare ihnen die Details, weil die haben wir bei der Diskussion grundsätzlich schon gehabt, aber ich denke, in Anbetracht dieser Summe könnte man wirklich noch einmal überlegen, wird nicht passieren, nehme ich an. Aber diese Summe anders einzusetzen wäre vermutlich nutzbringender. Das ist unsere Meinung dazu.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Mit liegt keine Wortmeldung mehr dazu, oh Entschuldigung bitte, Herr Kollege Schurz bitte.

**GEMEINDERAT ING. THOMAS SCHURZ, MSC**

Hoher Gemeinderat, schade der Herr Kollege Kaltenböck ist ja heute nicht da. Ich glaube aber trotzdem, da unterstütze ich natürlich die Installation der Videoinstallation ganz klar, aus der beruflichen Sicht, aus meiner Sicht sozusagen, kann nur unterstützend sein, dient zur Aufklärung von Strafdaten und da ist das Geld sehr gut investiert. Ich glaube, wenn es um ein Menschenleben geht, dann kann man das nicht gegen Geld aufwiegen. Und das ist nach wie vor so und angebracht und deswegen unterstützen wir diese Aktion.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Als nächster zu Wort Herr Kollege Freisais, bitte.

**GEMEINDERAT PIT FREISAIS:**

Werte Kolleginnen und Kollegen. Die Kameras sind sicher kein Allheilmittel. Es sind sicherlich auch andere Maßnahmen, wie von der grünen Fraktion angesprochen notwendig, dass man, ja so gewalttätige Übergriffe und Vandalismus in den Griff bekommt, aber es ist einmal ein erster Schritt, dass man zumindest eine subjektiver Sicherheit vermittelt. Und vielleicht lassen sich auch wirklich die einen oder anderen Sachen damit aufklären. Wer hat eine Schlägerei angefangen, vielleicht erkennt man auch die Täter. Also es ist wie gesagt ein erster Schritt, dass man für Sicherheit am Stadtplatz sorgt. Ja, wenn man die Zeitungsartikel liest, was da alles vorgefallen ist, ist das auch unbedingt notwendig. Von daher hat der Antrag meine Unterstützung.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, Herr Kollege Prack noch einmal, bitte.

**GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:**

Ganz kurz noch eine direkte Antwort Thomas. Es geht nicht darum, dass diese Mittel nicht verwendet werden sollen, um Gottes willen. Also es geht nicht darum, dass wir uns € 105.000,-- sparen wollen und das auf Kosten von irgendwelcher Gesundheit und Menschenleben. Ich glaube, dass man mit diesem Geld etwas Besseres machen könnte. Etwas Wirksameres. Nichts anderes habe ich gesagt, ja. Also es geht nicht darum, prinzipiell € 105.000,-- einzusparen. Sondern wir glauben, dass sie in diese Maßnahme nicht gut investiert sind.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, als nächster zu Wort gemeldet die Frau Magister Frech, bitte Michaela.

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätztes Präsidium, werte Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, geschätzte Zuhörer. Man kann mit dem Thema unterschiedlich umgehen, nur was ich nicht glaube ist, dass man einfach zuschauen kann und wegschauen kann. Und wir haben, und das ist Fakt, einfach genug Vorfälle in diesem Bereich gehabt, wo man etwas tun muss. Und Nichts zu tun, denke ich, führt nur dazu, dass möglicherweise weitere Vorfälle passieren. Ob man alles verhindern kann mit Kameras, glaube ich auch nicht. Und dass Gewaltprävention mindestens genauso wichtig ist, ist auch klar. Nur ich denke, es wäre naiv zu glauben, dass man mit Gewaltpräventionsmaßnahmen 100 % der Gewalt in der Gesellschaft wegbringt. Ich würde es mir wünschen. Und ich denke mir, dass diese Kameras eine hilfreiche Unterstützung für die Polizei sind. Das sie auch dazu beitragen werden, hoffentlich, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wieder steigt. Und es ist halt, denke ich mir, bei vielen Dingen so, wenn die Gefahr erwischt zu werden relativ gering ist, dann passiert manchen mehr. Und ich hoffe, dass die Kameras zumindest dazu beitragen, dass wir nicht weiter solche Fälle haben, wie wir sie gehabt haben. Das spricht sich herum, das steht in der Zeitung. Dass wir damit nicht alle Probleme gelöst haben, ist irgendwo klar. Aber sonst müsste man halt sagen, wie du gemeint hast Kurt, man hätte etwas Besseres machen können, dann müsste man halt auch sagen, was man da besser machen könnte. Jetzt haben wir einmal einen ersten Schritt gesetzt und das war denke ich mir überfällig und ich bin froh, dass das jetzt passiert.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke. Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor, wenn ich das richtig sehe. Bitte Referent.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Es ist alles gesagt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Es ist alles gesagt. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, Videoüberwachung in diesen Bereichen, bitte ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand

Stimmenthaltung? Antrag wurde mit 4 Gegenstimmen angenommen. Danke, bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:  
GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **30**

**SPÖ 14** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höller, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 10** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **4**

**GRÜNE 4** – (StR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

**9) ÖAG-2/17                      Verkauf städtischer Liegenschaften, Kaufverträge über die Wohnhäuser Posthofstraße 14, Sierninger Straße 86 und Sierninger Straße 97a.**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Es geht um den Verkauf der städtischen Liegenschaften für die Wohnhäuser Posthofstraße 14, Sierninger Straße 86 und Sierninger Straße 97a. Wir vollenden hier jetzt sozusagen das, was wir uns eigentlich voriges Jahr vorgenommen haben. Insgesamt wurden ja 8 Objekte feilgeboten in der Amtsblattnummer 10/2016. Insgesamt wurden hier für 6 Objekte Angebote abgegeben. Ein Objekt haben wir selbst sozusagen zurückgezogen von dieser ganzen Geschichte. Das war das Schloss Engelsegg, wenn sie sich erinnern. Weil wir gesagt haben, da warten wir einfach noch. Das ist ein denkmalgeschütztes Haus, in dem Sinn und es drängt uns ja nichts dazu. 2 Häuser wurden in der letzten Gemeinderatssitzung schon beschlossen zur Veräußerung und 2 Häuser hat es gegeben, da gibt es kein Angebot. Und daher ist es jetzt daran die Posthofstraße 14, Sierninger Straße 86 und Sierninger Straße 97a zu verkaufen. Die Gebote wurden hinlänglich auch vorbesprochen, diskutiert und dementsprechend auch zugestimmt. Posthofstraße 14 zu € 165.000,--, dann die Sierninger Straße 86 zu € 81.500,-- und die Sierninger Straße 97a zu € 70.000,--. Es ist auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass auch natürlich für die Immobilienertragssteuer dementsprechend eine Kreditüberschreitung hier festzulegen ist in der Höhe von € 15.900,--. Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 05.04.2017 wird dem Abschluss der nachstehend angeführten Kaufverträge über städtische Liegenschaften entsprechend den beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt:

Kaufvertrag mit Herrn Franz Ganglbauer, 4400 Steyr, Reindlgutstraße 15 über das neu vermessene Grundstück .1561/1, Grundbuch Steyr im Ausmaß von 921 m<sup>2</sup> mit dem darauf errichteten Wohnhaus Posthofstraße 14.

Kaufvertrag mit Frau DI Gudrun Oberegger und Herrn DI Martin Bauer, beide wohnhaft 4400 Steyr, Franz-Kulstrunk-Straße 3/6, über die Liegenschaft EZ 994, Grundbuch Steyr, mit dem darauf errichteten Wohnhaus Sierninger Straße 86.

Kaufvertrag mit Herrn Karl Amon, wohnhaft 4400 Steyr, Sierninger Straße 97a, über die in der Katastralgemeinde Steyr gelegenen Grundstücke .875/, 612/10 und 614/3 im Gesamtausmaß von 2.045 m<sup>2</sup> mit dem darauf errichteten Wohnhaus Sierninger Straße 97a.

Gleichzeitig wird zur Bezahlung der sich aus den vorstehend angeführten Rechtsgeschäften ergebenden Immobilienertragsteuer und der zu erwartenden Gebühren für die Berechnung dieser Steuer durch die beauftragten Notare bei der VA-Stelle 5/840000/710000 (öffentliche Abgaben) eine Kreditüberschreitung in Höhe von € 15.900,-- bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Einnahmen der Käuferlöse zu erfolgen.

#### **BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wir haben das lange behandelt und in allen Ausschüssen besprochen. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bitte nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### **10) KBS-2/17**

### **Kommunalbetriebe Steyr – Investitionskostenzuschuss 2017.**

#### **VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Mein nächster Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit den Kommunalbetrieben Steyr, den Investitionskostenzuschuss 2017. Sie sehen hier die Summe von € 498.100,--. Das ist sozusagen derzeit noch ein Investitionskostenzuschuss der unter anderem auf Preisanfragen bzw. Schätzungen sich beruft. Alle jene Dinge wie Fahrzeuge und dergleichen mehr, wird über die BBG angekauft, da gibt es also sowieso die österreichweiten Ausschreibungen und auch jenes, was man nicht bekommt über die BBG wird natürlich dementsprechend ausgeschrieben. Außerdem gibt es ja die Vereinbarung dazu, dass alle Dinge, die über € 50.000,-- wert sind, noch einmal im Stadtsenat dementsprechend dann einzeln abgeschlossen werden. Es geht jetzt lediglich darum, sozusagen den Investitionskostenzuschuss für die Kommunalbetriebe Steyr von € 498.100,-- zu beschließen.



## **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Zur Abdeckung der Investitionen der Kommunalbetriebe Steyr werden die im Budget 2017 vorgesehenen Mittel in der Höhe

**€ 498.100,-- (Euro vierhundertachtundneunzigtausendeinhundert)  
als Investitionskostenzuschuss**

bei der Voranschlagstelle 5/858000/779000 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 495.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Grundsätzlich hat die Auszahlung nur im erforderlichen Ausmaß und in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich für Finanzen zu erfolgen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja, ich darf vielleicht noch einmal sagen, gehört auch einmal dazu gesagt, ich glaube wir haben mit den Kommunalbetrieben wirklich gute Partner an der Hand. Gerade viele Bauprojekte auch, wo sie immer wieder sehr kostengünstig im Endeffekt sich einbringen. Und dieser Investitionskostenzuschuss, das hält sich in Grenzen.

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Danke, bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### **11) ÖAG-7/03**

**Abschluss eines Kaufvertrages mit der Burg Design GmbH über die Liegenschaft EZ 10, Grundbuch Gleink, derzeitige Baurechtliegenschaft; erhöhtes Abstimmungserfordernis gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 des Statutes für die Stadt Steyr.**

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Mein nächster Tagesordnungspunkt behandelt den Abschluss eines Kaufvertrages mit der Firma Burg Design GmbH über die Liegenschaft EZ 10, Grundbuch Gleink, wo es derzeit eine Baurechtliegenschaft eben ist. Und es handelt sich darum um ein Grundstück im Ausmaß von 22.000 m<sup>2</sup> wo es seit 25.8.2003 einen Baurechtsvertrag gibt und der sozusagen eine Option bis zum 31.5.2023 festsetzt, dieses Grundstück zu dem damaligen Preis eben zu kaufen. Und jetzt geht es darum, dass diese Firma sozusagen sich erweitern möchte von der SR-G, also der Gesellschaft, die wir ja selbst gegründet haben und die diese Grundstücke dort vermarktet, ein Grundstück dazu kauft, ausbauen möchte. Und damit es sozusagen nicht dementsprechend eingeengt ist in ihren Baurichtlinien geht es darum, dass die jetzt die Option für dieses Baurechtsgrundstück ziehen wollen und vom jetzt kaufen. In zinsenlosen Teilbeträgen bis zum Jahr 2023 und das dann auf eine einzige Einlagezahl als Grundstück zusammenlegen können um dann das Grundstück gänzlich zu verbauen. Und es geht daher um die Zustimmung zum Verkauf dieses Baurechtsgrundstückes, das hier vertraglich ohnehin festgelegt wurde, mit der Option bis zum 31.5.2023. Und daher ersuche ich darüber zu diskutieren bzw. dann abzustimmen.

## **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27.04.2017 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der Burg Design GmbH über das Grundstück 410/6 im Ausmaß von 22.000 m<sup>2</sup>, vorgetragen in der EZ 710, Grundbuch Gleink, entsprechend dem beigeschlossenen, vom Notariat Mag. Markus Stögner erstellten Kaufvertragsentwurf zugestimmt.

Zur Bezahlung der nach Unterfertigung des Kaufvertrages fälligen Immobilienertragsteuer wird bei der VA-Stelle 5/840000/710000 ein Betrag von € 19.600,- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat aus den Einnahmen der ersten Teilzahlung des Kaufpreises zu erfolgen.

### **BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Ja danke, ich erlaube mir da ein bisschen Ergänzungen einzubringen, weil die Historie wichtig ist zu diesem Antrag und zu diesem Grundstück. Wir reden da von einer Zeit, wo die Firma Burg Design, da hat Burg Design noch gar nicht bestanden, es war ein Teil in Haidershofen, ein Teil war als Austria-Naht in der Ennser Straße und das Land OÖ. und die Stadt Steyr haben großes Interesse gehabt, dass diese Firma, die damals schon großes Potenzial gezeigt hat, am Standort bleibt, damit sie ins Stadtgut übersiedelt und nicht nach Niederösterreich geht, das war wirklich ein Standortwettkampf. Der damalige Landesrat hat sich massiv engagiert auch, da hat es noch einen anderen Eigentümer gegeben, den Herrn Wolfslehner. Der Firma wurde der rote Teppich ausgelegt, auch im Kaufpreis, das sieht man ja im Amtsbericht. Der damalige Preis hat mit dem heutigen nur noch sehr entfernt etwas zu tun. Das war damals eine Betriebs- und Wirtschaftsförderung von beiden Seiten, Land OÖ. und Stadt und hat sich alles bezahlt gemacht. Alles was die Firma damals versprochen hat, zugesichert hat, ist eingetreten und noch viel, viel mehr. Das Unternehmen hat sich gut entwickelt, sie haben dort gebaut bzw. das Baurecht genommen und haben einen Vertrag, dass sie 2023 dieses Grundstück kaufen hätten können. Den Mietzins, der Baurechtszins den sie bisher schon bezahlt haben, steht auch im bestehenden Vertrag, der wird ihnen beim Kauf dann gegengerechnet. Wie gut das läuft, auch mit einigen Höhen und Tiefen, sage ich auch dazu, sieht man erst jetzt. Also die Firma Burg Design hat mit der deutschen Firma Kurz einen Partner bekommen, oder einen neuen Eigentümer, also der nicht nur weltweit tätig ist, sondern offensichtlich auch hier investiert am Standort. Der Geld locker macht und sie kaufen ein zusätzliches Grundstück von der Stadt oder von unserer Stadtgesellschaft. Auf diesem Grundstück erweitern sie ihre Produktionsstätte, das heißt sie bauen eine zusätzliche Firma noch dazu, zum bestehenden Grundstück. Und dann hat sich in der Abwicklung gezeigt, dass es rechtlich, obwohl wir uns da sehr bemüht haben, gerade unsere Bauabteilung und der Finanzdirektor, nicht möglich ist, eine Einlagezahl für ein Grundstück, was im Endeffekt mit Baurecht behaftet ist, also ein Superädifikat ist, und ein Grundstück das man erwirbt, dass da die Baufluchtlinien nicht gelten. Und die wollen natürlich ihre zwei Gebäude, das Neue und das Alte verbinden und nicht dann auf drei Meter Grundstücksgrenzen im Endeffekt dann Rücksicht nehmen müssen. Daraufhin sind sie zum Eigentümer gegangen, die Geschäftsführung und haben gesagt, na dann können wir es eigentlich nur kaufen und die kaufen das. Zu dem Betrag der vor vielen Jahren festgesetzt wurde und das ist es. Also wir haben da überhaupt Null Bedenken oder auch Risiko, dass da irgendwer spekuliert mit irgendeinem Grundstück, sondern im Gegenteil, das Grundstück kaufen sie nur jetzt schon. 2023 hätten sie es ohnehin gekonnt, weil sie jetzt ein neues Firmengebäude oder eine neue Produktionshalle am neuen Grundstück, das hier um teures oder um viel teureres Geld zum aktuellen Preis kaufen, in einer Einheit bauen wollen. Das ist der Hintergrund und das ist wirklich ein tolles expandierendes Unternehmen und alle die Bedenken gehabt haben, auch wenn man den Vertrag liest, auch wie die FPÖ oder auch die ÖVP kurz überlegt hat. Also, das ist mehr als seriös und das ist der Hintergrund, das wollte ich zur Erläuterung nur sagen. Wir haben mit der Firma und wir werden noch viel, viel mehr Freude haben, als wir jetzt schon haben. Wie gesagt, ein ganzes Grundstück 20.000 m<sup>2</sup> oder wieviel kaufen sie jetzt? 12.000 m<sup>2</sup> kaufen sie jetzt neu dazu, direkt daneben, das ist ja auch etwas, da wird investiert

am Standort in Steyr, tolle Geschichte. Ja, das wollte ich nur zur Erklärung sagen und zu Wort gemeldet der Vizebürgermeister Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren. Ich bin jetzt eigentlich sehr froh, dass der Herr Bürgermeister diese, sozusagen diese Aufklärung da gebracht hat, weil wir haben ja ursprünglich vorgehabt, einen Abänderungsantrag einzubringen, weil es, wir auch ein bisschen in der Historie zurückgeschaut haben und diese Kaufoption, die im Jahr, im Juli 2003, sozusagen längst vor unserer Zeit abgeschlossen worden ist, hat ja einige Fragen für uns aufgeworfen. Mittlerweile, wie wir ja wissen, läuft ja diese ganze Grundstücksabwicklung über die Steyrer Regionalgesellschaft und daher war es uns wichtig, dass wir hier sozusagen auch unsere Bedenken äußern. Ich möchte aber gleich vorausschicken, es ist uns schon sehr wichtig, dass die Firma, also die Firma Burg Design, hier in Steyr bleibt, hier Wertschöpfung betreibt, hier eine Art Standortsicherung macht und Arbeitsplätze und das wirtschaftliche Leben damit ankurbelt. Uns hat halt nur am Anfang, die Überlegung von unserer Seite war, dass halt der Grundstückspreis, der damals im Jahre 2003 festgelegt worden ist, ein Bruchteil davon ist, der vom heutigen Verkehrswert. Und wir wollen einfach nur sichergestellt haben, dass die Firma hier bleibt und wir das Ganze als Wirtschaftsförderung sehen können. Und da können wir selbstverständlich mit. Und aus dem Grund werden wir diesen Abänderungsantrag, den wir vorbereitet haben, nicht stellen und werden zustimmen diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Kaufantrag. Dann Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Alles gesagt, wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich dafür auch im Namen des Unternehmens und auch im Namen der SAG, die jetzt ein neues Grundstück ja noch einmal auch im Endeffekt hier kaufen kann.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So, wir sind noch nicht am Ende deiner Tagesordnungspunkte.

Unverständliche Zwischenrufe.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte Herr Vizebürgermeister.

**12) BauStrP-7/17**

**1) Dukartstraße oberhalb Stadtplatzgarage - Baumaßnahmen und Oberflächengestaltung;**  
**2) Zugang von Stadtplatz 25 zum neuen Steg; Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe; Kreditübertragung; (Teil 2).**

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Also mein nächster Tagesordnungspunkt ist der Punkt 2 auf dem Amtsbericht, wo es um den Zugang Stadtplatz 25 zum neuen Steg geht. Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe, Kreditübertragung. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wenn ihr da raus-

schaut, seht ihr da drüben die Stadtplatzgarage und den Steg, der herüber führt und der letztlich ins Rathaus hineinführt. Und es ist ja vertraglich ganz klar festgelegt, dass die zwei Durchgänge, sozusagen durch die Häuser, selber das Konsortium rund um Leopold Fördermayr macht, aber für den Innenhof sind wir zuständig. Und jetzt war ja der ursprüngliche Vertrag, dass dort also ein Zaun aufgestellt werden soll, aber das natürlich das trotzdem halbwegs hergerichtet werden soll. Dass man da schön durchgehen kann und auf der anderen Seite den Hof nicht betreten kann. Nach längerer Diskussion haben wir gesagt, also das ist nicht gerade erbaulich und ansehnlich und haben also uns dann darauf geeinigt, dass man sozusagen den Innenhof doch geöffnet lässt, anpasst mit sehr stacheligen Sträuchern versieht und da in diesen Dingen mehr bis hin zu dem, dass man also verschiedenste Sitzgelegenheiten weg tut, dass dort behindertengerecht durchgeführt wird. Die dementsprechende Beleuchtung auch angebracht wird und all der Dinge mehr. Und mit dem Tourismusverband wurde also hier Verbindung aufgenommen, dass die gewisse Werbung dort machen auf Glastafeln mit schönen Fotos von Steyr bzw. gewisse Ankündigungen vielleicht auch in diversen Schaukästen. Grundsätzlich geht es darum, dass also dieser Granitweg, der dort verlegt gehört und sozusagen diese zwei Stücke zwischen den zwei Häusern verbindet, bis hin zur Gestaltung des Innenhofes, bis hin zur Beleuchtung und dementsprechend auch die Sicherung durch Alarmanlagen und dergleichen mehr, also einen Gesamtpreis von € 79.536,40 hier bedarf und ich stelle den Antrag, dass dieses Geld mittels Kreditübertragung hier dementsprechend auch zur Verfügung gestellt wird.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, und des GB I, FA für Liegenschaftsverwaltung, vom 24. April 2017 wird der Vergabe zur Oberflächengestaltung Dukartstraße sowie dem Zugang vom Stadtplatz 25 zum neuen Steg zugestimmt und der Auftrag an die nachstehend angeführten Firmen wie folgt erteilt und freigegeben:

**1) Oberflächengestaltung Dukartstraße:**

	<i>Auftrag</i>	<i>Auftr.nehmer</i>	<i>Beschlusssumme brutto</i>	<i>Beschlusssumme netto</i>	<i>real. Mittelbedarf brutto</i>	<i>Skt</i>
1	Dukartstraße - Baumaßnahmen	Lang & Menhofer	353.714,80	294.762,33	354.050,00	3 %
	Rundung + Unvorherges.		11.285,20	9.404,34		
2	Granitsteinmaterial	Poschacher	33.960,00	28.300,00	33.950,00	3 %
	Rundung + Unvorherges.		1.040,00	866,67		
3	Bushaltest. Dukartstraße	KBS	7.680,00	6.400,00	8.000,00	0 %
	Rundung + Unvorherges.		320,00	266,67		
4	Bepflanzung Dukartstraße	KBS/Gärtnerei	18.446,60	15.372,17	19.000,00	0 %
	Rundung + Unvorherges.		553,40	461,17		
5	WL-Anschluss Brunnen und Schanigärten	SBS/Wasser	9.600,00	8.000,00	10.000,00	0 %
	Rundung + Unvorherges.		400,00	333,33		
	<b>Summen</b>		<b>437.000,00</b>	<b>364.166,67</b>	<b>425.000,00</b>	

Bei der VSt. 5/612000/002620 „Gemeindestraßen; Straßenbau Tiefgarage“ sind für 2017 noch Mittel in Höhe von EUR 314.800,00 inkl. USt. (EUR 262.333,33 exkl. USt.) vorhanden und werden freigegeben.

Die weitere Finanzierung erfolgt durch KREDITÜBERTRAGUNGEN:

- von VSt. 5/816000/050000 „öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren, Sonderanlagen“ in Höhe von EUR 20.600,00 (Mittel für Beleuchtung Dukartstraße, EUR 17.166,67 netto)

- von VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“ in Höhe von EUR 24.000,00 (Mittel für Geländer Dukartstraße, EUR 20.000,00 netto)
- von VSt. 5/640100/050000 „Parkraumbewirtschaftung, Sonderanlagen“ in Höhe von EUR 60.000,00 (Schranken Schiffmeisterhaus, EUR 50.000,00 netto), sowie
- von VSt. 5/879000/779200 „Stadtbetriebe Steyr, Investitions- und Tilgungszuschuss zwischen Unternehmen“ in Höhe von EUR 5.600,00 (Mittel für Haltestellen, EUR 4.666,67 netto)

auf die VSt. 5/612000/002620 „Gemeindestraßen; Straßenbau Tiefgarage“

Es wird daher der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 425.000,00 (EUR 354.166,67 netto) und Kreditübertragungen in Gesamthöhe von EUR 110.200,00 (EUR 91.833,33 netto) auf die VSt. 5/612000/002620 „Gemeindestraßen; Straßenbau Tiefgarage“ zugestimmt.

## 2) Stadtplatz 25:

	<b>Auftrag</b>	<b>Auftragnehmer</b>	<b>Beschluss- summe brutto</b>	<b>Beschluss- summe netto</b>	<b>real. Mittel- bedarf brutto</b>	<b>Skt</b>
6	Stadtplatz 25	KBS	43.200,00	36.000,00	44.500,00	0 %
	Rundg + Unvorherg.		1.300,00	1.083,33		
7	Stadtplatz 25 - Pflasterung	Lang&Menhofer	17.659,10	14.715,92	17.751,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		614,90	534,08		
8	Stadtplatz 25 - Granitsteine	Poschacher	7.097,94	5.914,95	7.100,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		222,06	185,05		
9	Stadtplatz 25 - E-Installation	E-Kammerhofer	7.415,63	6.179,69	7.469,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		284,37	236,98		
10	Stadtplatz 25 - Schließanlage	Servus	2.651,94	2.209,95	2.716,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		148,06	123,38		
	<b>Summen</b>		<b>80.620,00</b>	<b>67.183,33</b>	<b>79.536,40</b>	

Die Finanzierung erfolgt durch KREDITÜBERTRAGUNG von VSt. 5/816000/050000 „öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren, Sonderanlagen“ in Höhe von EUR 79.600,00 (Mittel für Beleuchtung Dukartstraße, EUR 66.333,33 netto) auf die VSt. 5/029000/010000 „Amtsgebäude, Gebäude Rathaus“.

Es wird daher der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 79.600,00 (EUR 66.333,33 netto) und Kreditübertragung in Höhe von EUR 79.600,00 (EUR 66.333,33 netto) auf die VSt. 5/029000/010000 „Amtsgebäude, Gebäude Rathaus“ zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 499.000,00 brutto notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Kaufmann bitte.

**STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:**

Ja geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und werte Gäste und Pressevertreter. Ich möchte mich ausdrücklich positiv äußern zu der Diskussion und Planung, zu dem Planungsprozess der hier zu dem Durchgang abgelaufen ist. Ich glaube, es hat viele Aspekte gegeben, die diskutiert wurden und die Berücksichtigung gefunden haben. Das Projekt insgesamt ist glaube ich, für die Anbindung der Stadt an die neue Garage ein und auch darüber hinaus, also als Fußwegverbindung, eine sehr wertvolle Investition, auf die wir uns

glaube ich, alle freuen können. Und wenn man jetzt auf Punkte der konkreten Detailsituation eingeht, es wurde z.B. auch diskutiert, ob es hier eine Türe geben soll beim Eingang vom Steg in den Hof. Da gibt es gewisse Bedenken, dass eine Türe gebraucht werden würde, je nach Witterung. Ich bin sehr froh darüber, dass jetzt einmal versucht wird, es ohne diese Türe zu machen, die für die Verkehrsbeziehung jedenfalls nicht günstig wäre. Weil, wenn ich über eine 100 Meter lange Brücke auf eine Türe zugehe, auf einem öffentlichen Weg, dann ist das einmal keine sehr angenehme Situation und wenn wir uns das ersparen können, dann ist es jedenfalls günstig. Und ich bin auch froh darüber, dass wir im Innenhof, auf den ich das Glück habe aus meinem Büro hinunterzuschauen, dass dort nur minimalistisch etwas geändert wird. Also nur das was notwendig ist, um die Funktion, die neue Funktion hier sicherzustellen und ansonsten dieser an sich sehr hübsche Hof in der Gestaltung bleiben wird, wie er jetzt ist. Also in dem Sinn Dank an alle, die sich hier an der Planung beteiligt haben und die Verantwortungsträger.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet Herr Gemeinderat Spöck, bitte Markus.

**GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

Ja lieber Gemeinderat, mir stellt sich nur die Frage, grundsätzlich natürlich, überhaupt kein Thema, dass der Steg gekommen ist, sind auch wir als Fraktion sehr, sehr froh, dass die Garage, wie man da drüben ja sieht, wenn man hinausschaut, schon sehr, sehr weit ist. Auch das ist natürlich ein großes Zeichen, eine große Weiterentwicklung für die Stadt Steyr. Es war immer geplant, auch diesen Durchgang durch dieses Rathaus und durch diesen zweiten Innenhof des Rathauses durchzuführen, auch eine ganz klasse Geschichte. Aber was ein bisschen beim Amtsbericht fehlt und das ist eigentlich auch noch ein kleines Manko, es ist zwar eine schöne Aufstellung da, wir beschließen da dort € 300.000 oder € 400.000,-- und ein paar Sachen, aber es gehört schon hinein, was wird genau gemacht. Dass z.B. ein Gehsteig entsteht, was die Parkflächen da drüben machen.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Das sag ich alles erst nachher.

**GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

Eh, aber du hast ein paar Sachen jetzt angeführt, was im Prinzip gemacht wird. Das bitte gehört schon hinein, dass wir auch wissen genau im Detail, du hast nur den Innenhof...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**GEMEINDERAT DR. MARKUS SPÖCK, MBA:**

Dann warten wir jetzt auf den nächsten Antrag ...

*Unverständliche Zwischenrufe*

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Nein, es ist ein bisschen eine komplizierte Geschichte mit den Ressorts. Darum ein großes Projekt mit zwei Referenten und Antragstellern. Zu Wort gemeldet der Gemeinderat Zöttl, bitte.

**GEMEINDERAT ING. WOLFGANG ZÖTTL, BED:**

Sehr geehrte Damen und Herren. Wie im Ausschuss schon besprochen worden ist und auch diskutiert worden ist, ist es uns von der FPÖ auch sehr wichtig, im Innenhof, um die Sicherheit sicher zu stellen. Da sind schon verschiedene Aspekte angesprochen worden. Ich wollte das da jetzt noch mal in diesem Gremium festhalten, dass da Sitzplätze teilweise wegkommen, damit wir nicht irgendwelche Brennpunkte in den Innenhof ziehen, die was jetzt am Stadtplatz vielleicht teilweise am Brunnen herrschen. Ich möchte da jetzt gar nicht im Detail eingehen. Die Polizei weiß darüber Bescheid, dass wir diese Personen nicht in den Innenhof

ziehen und dann vielleicht Leute verhindern, dass die rüberkommen, weil sie sagen, da im Innenhof, da ist es ein bisschen zu unsicher. Sie haben das eh gesagt, der Vizebürgermeister Hauser, wird für Beleuchtung gesorgt. Eine angenehme Atmosphäre, aber auch um die Sicherheit sind wir sehr bedacht. Und auf das wird Wert gelegt und ist auch im Ausschuss so besprochen worden und ich wollte das da noch einmal zum Ausdruck bringen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, mir liegt keine Wortmeldung mehr vor, dann kommen wir zu Abstimmung für diesen Teil der...

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Darf ich noch einen kleinen Satz sagen?

Ich möchte nur sagen, dass für jeden jetzt klar ist, das Schieben der Fahrräder ist über den Fußgängersteg möglich, nicht das Fahren. Und selbst wenn er glaubt, die 100 Meter hätte ich überwinden können, fahrend, durchs Haus muss er es sowieso schieben. Also ob er drüben absteigt oder herüber, ist auch schon egal.

*Unverständliche Zwischenrufe*

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Eben nur damit man dann sieht, wer gestürzt ist.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich kann nur sagen, also das Rad schieben ist erlaubt, bin gespannt, ob sich alle daran halten. Wir kommen zu Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich dafür. Nächster Referent Dr. Zöttl, bitte Helmut.

### **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

**13) BauStrP-7/17**

**1) Dukartstraße oberhalb Stadtplatzgarage - Baumaßnahmen und Oberflächengestaltung; 2) Zugang von Stadtplatz 25 zum neuen Steg; Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe; Kreditübertragung; (Teil 1).**

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Sehr geehrte Damen und Herren. Als gutes Zeichen sehe ich, weil ja zuerst gesagt worden ist, die SPÖ und die FPÖ sind sich nicht sehr nahe. Aber ich sage einmal, bei diesem Antrag sieht man, als gutes Willkommenszeichen haben wir gemeinsam diesen Antrag kreiert, damit man sieht, wir sind sich da auf einer gewissen Art und Weise verbunden. Auch wenn es nur ein Antrag ist. Ja, in meinem Antrag geht es um die Oberflächengestaltung in der Dukartstraße. Wir haben ja im Jahr 2012 einen Grundsatzbeschluss im Gemeinderat beschlossen, wo sich die Stadt dazu verpflichtet hat, diese Oberfläche zu gestalten und auch zu bezahlen. Es waren zwei Varianten ausgeschrieben. Eine Asphalt- bzw. Betonschicht und es ist die günstigere Variante zum Zug gekommen. Es sind dabei auch noch die Elektroinstallationen. Und das Ganze soll bis Juli 2017 einschließlich Pflasterung und auch Bepflanzung erledigt

werden. Und die Leistungen, was die Bepflanzungen und die Elektrosachen betrifft, ist sogar in der Stadt bei der KBS, das ist glaube ich sehr gut. Und positiv ist aber auch noch, dass dieser Trinkbrunnen, der auch einmal hier im Gemeinderat sozusagen besprochen worden ist, der wird von der SBS gespendet. Und da kann man echt danke dazu sagen. Das Ganze kostet in Summe € 425.000,-. Wermutstropfen ist, es ist davon eine Kreditübertragung von € 110.00,- notwendig. Bitte dennoch um Beschlussfassung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, und des GB I, FA für Liegenschaftsverwaltung, vom 24. April 2017 wird der Vergabe zur Oberflächengestaltung Dukartstraße sowie dem Zugang vom Stadtplatz 25 zum neuen Steg zugestimmt und der Auftrag an die nachstehend angeführten Firmen wie folgt erteilt und freigegeben:

**1) Oberflächengestaltung Dukartstraße:**

	<b>Auftrag</b>	<b>Auftr.nehmer</b>	<b>Beschlusssumme brutto</b>	<b>Beschlusssumme netto</b>	<b>real. Mittelbedarf brutto</b>	<b>Skt</b>
1	Dukartstraße - Baumaßnahmen	Lang & Menhofer	353.714,80	294.762,33	354.050,00	3 %
	Rundung + Unvorherges.		11.285,20	9.404,34		
2	Granitsteinmaterial	Poschacher	33.960,00	28.300,00	33.950,00	3 %
	Rundung + Unvorherges.		1.040,00	866,67		
3	Bushaltest. Dukartstraße	KBS	7.680,00	6.400,00	8.000,00	0 %
	Rundung + Unvorherges.		320,00	266,67		
4	Bepflanzung Dukartstraße	KBS/Gärtnerei	18.446,60	15.372,17	19.000,00	0 %
	Rundung + Unvorherges.		553,40	461,17		
5	WL-Anschluss Brunnen und Schanigärten	SBS/Wasser	9.600,00	8.000,00	10.000,00	0 %
	Rundung + Unvorherges.		400,00	333,33		
	<b>Summen</b>		<b>437.000,00</b>	<b>364.166,67</b>	<b>425.000,00</b>	

Bei der VSt. 5/612000/002620 „Gemeindestraßen; Straßenbau Tiefgarage“ sind für 2017 noch Mittel in Höhe von EUR 314.800,00 inkl. USt. (EUR 262.333,33 exkl. USt.) vorhanden und werden freigegeben.

Die weitere Finanzierung erfolgt durch KREDITÜBERTRAGUNGEN:

- von VSt. 5/816000/050000 „öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren, Sonderanlagen“ in Höhe von EUR 20.600,00 (Mittel für Beleuchtung Dukartstraße, EUR 17.166,67 netto)
- von VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“ in Höhe von EUR 24.000,00 (Mittel für Geländer Dukartstraße, EUR 20.000,00 netto)
- von VSt. 5/640100/050000 „Parkraumbewirtschaftung, Sonderanlagen“ in Höhe von EUR 60.000,00 (Schranken Schiffmeisterhaus, EUR 50.000,00 netto), sowie
- von VSt. 5/879000/779200 „Stadtbetriebe Steyr, Investitions- und Tilgungszuschuss zwischen Unternehmen“ in Höhe von EUR 5.600,00 (Mittel für Haltestellen, EUR 4.666,67 netto)

auf die VSt. 5/612000/002620 „Gemeindestraßen; Straßenbau Tiefgarage“

Es wird daher der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 425.000,00 (EUR 354.166,67 netto) und Kreditübertragungen in Gesamthöhe von EUR 110.200,00 (EUR 91.833,33 netto) auf die VSt. 5/612000/002620 „Gemeindestraßen; Straßenbau Tiefgarage“ zugestimmt.



## 2) Stadtplatz 25:

	<b>Auftrag</b>	<b>Auftragnehmer</b>	<b>Beschluss- summe brutto</b>	<b>Beschluss- summe netto</b>	<b>real. Mittel- bedarf brutto</b>	<b>Skt</b>
6	Stadtplatz 25	KBS	43.200,00	36.000,00	44.500,00	0 %
	Rundg + Unvorherg.		1.300,00	1.083,33		
7	Stadtplatz 25 - Pflasterung	Lang&Menhofer	17.659,10	14.715,92	17.751,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		614,90	534,08		
8	Stadtplatz 25 - Granitsteine	Poschacher	7.097,94	5.914,95	7.100,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		222,06	185,05		
9	Stadtplatz 25 - E-Installation	E-Kammerhofer	7.415,63	6.179,69	7.469,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		284,37	236,98		
10	Stadtplatz 25 - Schließanlage	Servus	2.651,94	2.209,95	2.716,00	3 %
	Rundg + Unvorherg.		148,06	123,38		
	<b>Summen</b>		<b>80.620,00</b>	<b>67.183,33</b>	<b>79.536,40</b>	

Die Finanzierung erfolgt durch KREDITÜBERTRAGUNG von VSt. 5/816000/050000 „öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren, Sonderanlagen“ in Höhe von EUR 79.600,00 (Mittel für Beleuchtung Dukartstraße, EUR 66.333,33 netto) auf die VSt. 5/029000/010000 „Amtsgebäude, Gebäude Rathaus“.

Es wird daher der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 79.600,00 (EUR 66.333,33 netto) und Kreditübertragung in Höhe von EUR 79.600,00 (EUR 66.333,33 netto) auf die VSt. 5/029000/010000 „Amtsgebäude, Gebäude Rathaus“ zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 499.000,00 brutto notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, zu Wort gemeldet, der Mag. Prack bitte, Kurt.

GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Was da jetzt passiert mit Hanggarage und Steg herüber, ist für den Stadtplatz sicher ganz wichtig und wird sich auch positiv auswirken. Mein Apell ist nur, dass wir mit viel Mut auch an die Gestaltung des Stadtplatzes herangehen. Und in der Diskussion Dinge für möglich erachten, die vielleicht vor der Errichtung der Garage nicht möglich gewesen wären. Ich bitte einfach auch daran zu denken, dass wir gewisse Dinge schon beim Genussfest hatten, die für undenkbar gehalten wurden, z.B. der Gegenverkehrsbereich unten am Ennskai. Einfach, dass das Denken in diese Richtung wirklich ein eher Missionäres sein sollte. Und dass die „Nature of Innovation“ tatsächlich Einzug finden sollte, auch am Stadtplatz. Und dass nicht alles beim Alten bleiben soll, wenn wir jetzt so großartige Veränderungen, große, ich war nicht immer dafür für die Garage und der Steg ist natürlich absolut super. Und die Garage wird hoffentlich genutzt werden, davon gehe ich aus. Und dann haben wir eine andere Situation in der Stadt. Und das sollten wir auch ausnutzen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, den Apell haben wir gehört. Wir kommen zurück zum Beschluss für die Oberflächengestaltung Dukartstraße und Steg und wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**14) EnP-5/17                      Neubau einer öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Dukartstraße im Zuge der Stadtplatzgaragenerrichtung; Antrag um Vergabe.**

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es analog zum Vorhergehenden nun um die Beleuchtung und Beleuchtungskörper, die in Summe mit nicht ganz € 120.000,-- inkl. MWSt notwendig sind und da bitte ich ebenfalls um ihre Zustimmung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 15. März 2017 wird der Auftragsvergabe an die Firmen

	exkl. MWSt.	inkl. MWSt.
1) Lieferung von Kabelmaterial Fa. Mitterhuemer, Steyr	EUR 6.380,00	EUR 7.656,00
2) Lieferung von Masten und Leuchten Fa. Siteco, Wien	EUR 47.630,00	EUR 57.156,00
3) Netzbereitstellungsentgelt Fa. Netz Oberösterreich GmbH, Linz	EUR 416,00	EUR 499,20
4) Elektro- und Baumeisterarbeiten Kommunalbetriebe Steyr	EUR 45.400,00	EUR 54.480,00

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung wird der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 120.000,-- inkl. MWSt. bei der VSt. 5/816000/050000 „öffentliche Beleuchtung und öffentliche Uhren, Sonderanlagen“ zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 119.800,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Stadtrat Mag. Kaufmann um seine Punkte ersuchen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:**

#### **15) Abfall-21/97                    Errichtung Sickerwasserbrunnen und Sonden Ausbau auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr.**

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, hoher Gemeinderat. Aus dem Bereich unserer Reststoffdeponie gibt es heute ein Paket von drei Anträgen. Im Sinne, es wurde ja gelegentlich schon darüber berichtet, bei früheren Anträgen. Es geht darum, die Deponie auf dem Stand der Technik zu halten, der sich weiterentwickelt. Faktische Veränderungen im Bereich einer Deponie, die ein sehr kompliziertes Gebilde darstellt und daher auch immer überwacht werden muss. Auf diese Veränderungen einzugehen, um die gesetzlichen Vorschriften im Sinne des Umweltschutzes sicherstellen zu können. Und es geht dabei auch zu berücksichtigen und Vorbereitungen für die endgültige Abdeckung für die längere Zukunft der Deponie auch schon vorzusehen und einzubeziehen. Es gibt dazu drei Anträge heute. Der erste bezieht sich auf den Bau von Sonden und Sickerwasserbrunnen, die eben aufgrund von Messungen auf Veränderungen reagieren im Wasserhaushalt der Deponie und dadurch notwendig werden, um hier die Belastungen der Umwelt außerhalb der Deponie auch künftighin zu vermeiden.

#### **Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 29.03.2017 wird

1. der Auftragsvergabe an die Fa. Reisinger GmbH., 4482 Ennsdorf, Feldstrasse 2, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von € 49.874,00 exkl. USt. (€ 59.848,80 inkl. USt.) für die Brunnen- und Sonden Ausbau zugestimmt.

2. der Auftragsvergabe an die Fa. Lang u. Menhofer BauGmbH, 4400 Steyr, Wolfenstrasse 17d, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von € 16.605,24 exkl. USt. (€ 19.926,29 inkl. USt.) für die Errichtung von Putzschächten zugestimmt.

3. der Auftragsvergabe an die Fa. Import & Export, 4400 Steyr, Roseneggstrasse 16, als Bestbieter, zum Preis von € 3.500,00 exkl. USt. (€ 4.200,00 inkl. USt.) für den Ankauf von Pumpen zugestimmt.

Die Mittel in Höhe von € 69.979,24 exkl. USt. (€ 83.975,09 inkl. USt.) sind bei der Voranschlagstelle 5/852100/006000 (Vorhaben V4/17) im Budget 2017 vorgesehen.

Die Mittelfreigabe wird erteilt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 69.979,24 exkl. USt. (€ 83.975,09 inkl. USt.) notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Zu Wort gemeldet, der Herr Vizebürgermeister Dr. Zöttl, bitte Helmut.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:

Danke. Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben es schon einige Male erwähnt, dass diese Situation auf der Mülldeponie für uns trotzdem ein bisschen besorgniserregend ist, weil sehr viel Geld in der Vergangenheit dorthin investiert worden ist. Und ich finde es positiv, dass der Herr Mag. Kaufmann als zuständiger Referent uns in der letzten Stadtsenatssitzung zugesichert hat, dass es jetzt demnächst einmal eine Aufstellung bzw. Auflistung gibt, was alles auf uns zukommen wird in Zukunft. Und auch möglicherweise im Umweltausschuss eine Besichtigung stattfindet, wo wir gesagt haben, es wäre uns auch wichtig, wenn wir Zahlen, Daten, Fakten von Seiten der Deponie bekommen würden, damit wir wissen was auf uns zukommt. Weil wir befürchten, dass da die Finanzen der Stadt sehr hoch belastet werden in Zukunft. Der Herr Gemeinderat Holzer hat mir den Gefallen gemacht und hat sich das genau angeschaut, was in der Vergangenheit sozusagen bis jetzt schon investiert worden ist und da haben wir jetzt zusammengefasst, dass seit November 2015 bis jetzt € 681.000,-- in die Mülldeponie investiert worden ist. Und das ist doch ein gewaltiger Betrag und für uns wäre es natürlich interessant, was kommt noch auf uns zu? Ich glaube, dass sollte uns alle beschäftigen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung zu diesem Thema? Bitte, der Referent.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja ich habe das natürlich aufgegriffen, den Wunsch im Umweltausschuss einmal einen umfassenden Bericht zu geben. Also zu diesen Kosten die hier schon aufgelaufen sind und künftig noch in höherem Ausmaß entstehen werden, ist zu sagen, dass wir wirklich äußerst bemüht sind, mit jeglicher Fachexpertise, die dazu zu haben ist, diese Kosten, die sich aus der gesetzlichen Situation und der Chemie einer solchen Anlage sozusagen zwingend ergeben, diese Kosten so niedrig wie möglich zu halten, um die Erfordernisse zu erfüllen. Also es wird hier sicher vermieden, unnötige Kosten hier zu bestreiten oder zu riskieren. Und eine Deponie, auch das wird in dem Bericht drinnen sein, steht auch unter einer sehr engen Beaufsichtigung durch die Aufsichtsbehörde des Landes. Wobei wir etwa vor einem Jahr eine umfassende Revision hatten seitens einer Kommission von Experten und Expertinnen des Landes und hier das Attest bekamen, dass alles in Ordnung ist, sowie es derzeit sich darstellt. Und das ist jedenfalls notwendig zu erhalten. Weil, sollte eine Situation entstehen, das müssen wir jedenfalls vermeiden, wo das Land nicht darauf reagiert was wir vorschlagen, weil das so passt, sondern wo das Land uns von sich aus Vorgaben machen würde, dann muss damit gerechnet werden, dass das jedenfalls von den Kosten her mehr kosten würde, als wenn wir das sozusagen planmäßig abarbeiten, wie das auch ausführlich noch berichtet wird. Und was auch natürlich gegenüber gestellt werden muss, sind Einnahmen in der... wir haben derzeit noch Einnahmen, nicht mehr in dem hohen Ausmaß wie früher, in dem hohen Ausmaß, aber es gibt derzeit noch Einnahmen, auch in der Deponie, die den Ausgaben natürlich gegenüber zu stellen sind. Und wir hatten in der Vergangenheit, in der Anfangsphase einer Deponie sind die Kosten naturgemäß nicht so hoch, hatten wir wesentlich höhere Einnahmen, die natürlich auch berücksichtigt werden müssen bei einer Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Situation einer solchen Anlage. Ja, ich ersuche um Beschlussfassung über den ersten Tagesordnungspunkt von diesen Dreien.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut, wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:  
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Bitte dein nächster Punkt.

**16) Abfall-12/15 Erneuerung vom Regenwasserpumpwerk, Rohrleitungen und Armaturen inkl. Montage und diverse Umbauarbeiten auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr.**

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Der zweite Antrag betrifft einen anderen Bereich, aber im selben Umfeld mit im Wesentlichen derselben Begründung. Nämlich, Stand der Technik erhalten, faktische Veränderungen berücksichtigen und Vorbereitung auf die endgültige Abdeckung. Und hier geht es darum, das Regenwasserpumpwerk, entsprechende Leitungen und entsprechende bauliche Voraussetzungen, Schächte, die alle 25 Jahre alt sind inzwischen, dass das erneuert wird. Das ist einfach an das Ende der Lebensdauer gekommen und hier müssen wir, um die Umweltsicherheit weiterhin sicherzustellen, Erneuerungsarbeiten durchführen.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 29.03.2017 wird

1. der Auftragsvergabe an die Fa. MEISL GmbH, 4360 Grein, Lettental 53, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von € 26.044,97 exkl. USt. (€ 31.253,96 inkl. USt.) für den Pumpentausch- und die Leitungsumbauarbeiten zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von € 2.604,50 exkl. USt. (€ 3.125,40 inkl. USt.) bewilligt.

2. der Auftragsvergabe an die Fa. Lang u. Menhofer BauGmbH, 4400 Steyr, Wolfenstrasse 17d, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von € 9.663,29 exkl. USt. (€ 11.595,95 inkl. USt.) für die Sanierung der Schächte und Behälter zugestimmt. Für Unvorhergesehenes wird ein Betrag von € 966,33 exkl. USt. (€ 1.159,60 inkl. USt.) bewilligt.

3. der Auftragsvergabe an die Fa. Pecile, 4493 Wolfen, Seckesbergerstrasse 7, als Best- und Billigstbieter, zum Preis von € 11.265,50 exkl. USt. (€ 13.518,50 inkl. USt.) für die Schachtdeckel- und Absturzsicherungen zugestimmt.

Die Mittel in Höhe von € 50.544,59 exkl. USt. (€ 60.653,51 inkl. USt.) sind bei der Voranschlagstelle 5/852100/006000 (Vorhaben V2/17) im Budget 2017 vorgesehen.

Die Mittelfreigabe wird erteilt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 46.973,76 exkl. ohne Unvorhergesehenem bzw. € 50.544,59 exkl. USt. inkl. Unvorhergesehenem notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt dazu keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:  
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Einen Punkt hast du noch.

**17) Abfall -12/15                    Elektrotechnischer Anschluss von Sickerwasserbrunnen und Sonden, diverse Wartungs- und Sanierungsarbeiten – Nachtragsangebot zu Anpassung gemäß VExAt.**

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja und der dritte Antrag bezieht sich auf Maßnahmen die in Zusammenhang mit dem ersten Antrag stehen, nämlich, dass für neue Sonden und Sickerwasserbrunnen auch die elektrischen Leitungen entsprechend gelegt werden müssen. Da geht es auch darum, dass das sichergestellt ist, ordnungsgemäß jederzeit den Überblick zu haben, was passiert in der Deponie. Dafür braucht es diese Sondierungen, diese Messungen und diese Leitungen in die zentrale Rechenanlage um hier jederzeit zu wissen, was sich in der Deponie tut. Bitte um Abstimmung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 29.03.2017 wird der Auftragsvergabe an die Fa. Doma Elektro Engineering GmbH, Roith 7, 4921 Hohenzell, als Bestbieter, zum Preis von € 46.973,75 exkl. USt. (€ 56.368,51 inkl. USt.) für die Elektroinstallationsarbeiten für die elektrotechnische Anpassung an den Stand der Technik (VEXAT) zugestimmt.

Die Mittel in Höhe von € 25.000,00 exkl. USt. (€ 30.000,00 inkl. USt.) sind bei der Vorschlagstelle 5/852100/050100 (Vorhaben 1/17) im Budget 2017 vorgesehen.

Die Kreditübertragung von der VASSt. 5/852100/006000 V1/17 (Oberflächenabdeckung) auf die VASSt. 5/852100/050100 (Vorhaben 1/17) in Höhe von € 21.973,75 exkl. USt. (€ 26.368,50 inkl. USt.) wird genehmigt.

Die Mittelfreigabe wird erteilt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 46.973,75 exkl. USt. (€ 56.368,51 inkl. USt.) notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch hier liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich gehe davon aus, dass es keine gegenteilige Auffassung gibt. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist wer dagegen? Das ist nicht der Fall. Auch der dritte Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:  
GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker  
GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

STADTRAT MAG. REINHARD KAUFMANN:  
Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Danke für die Berichterstattung. Ich darf nun den Herrn Stadtrat KommR. Gunter Mayrhofer ersuchen, bitte.

### **BERICHTERSTATTER STADTRAT KOMMR GUNTER MAYRHOFER:**

**18) Fin-69/17                      AKKU Kulturzentrum – außerordentliche Subvention für Objektankauf.**

STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:

Ja meine sehr geehrten Damen und Herren. Jetzt wird es wahrscheinlich wieder ein Kontrovers zum Thema Demokratie. Hier geht es um das AKKU Kulturzentrum. Um eine außerordentliche Subvention für Objektankauf und zwar hat das AKKU die Möglichkeit, das Objekt, in dem sie bisher eingemietet sind, käuflich zu erwerben. Das ist sicher eine sinnvolle Investition. Ich darf in diesem Zusammenhang auch erinnern, dass das AKKU für uns, für die Stadt, ein ganz ein wichtiger Partner ist, auch im Bereich Jugendkultur. Und dass das ein Bereich ist, den wir zurückfahren konnten. Viele werden sich noch an den Emmi Peischl erinnern, der in diesem Bereich sehr intensiv tätig war. Und wir unterstützen seit Jahren das AKKU und sind sehr froh, dass es diese Einrichtung gibt. Ich ersuche um die Zustimmung zu diesem Antrag. Die Bezahlung erfolgt in zwei Raten. € 15.000,-- im heurigen Jahr und € 15.000,-- 2018 und es ist dafür eine Darlehensaufnahme notwendig. Bitte.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI vom 21. März 2017 wird dem Kulturzentrum AKKU für den Ankauf der bisherigen Räumlichkeiten des Kulturzentrums AKKU in der Top 4 des Objektes Färbergasse 5, 4400 Steyr, eine Förderung im Ausmaß von

**€ 30.000,-- (i. W. EURO dreißigtausend)**

gewährt, wobei die Förderungen in zwei Raten jeweils zu € 15.000,- im Voranschlag 2017 und 2018 auf der **VA-Stelle 5/300000/777000** freigegeben werden.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von **€ 15.000,-- (i. W. EURO fünfzehntausend)** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:  
Zu Wort gemeldet hat sich der Gemeinderat Holzer, bitte.

GEMEINDERAT JOSEF HOLZER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen. Sehr geehrte Gäste. Bei dem Antrag geht es jetzt um eine Förderung von € 30.000,--. Dabei weiß man nicht einmal wie hoch die Kaufsumme des Objektes ist. Dann kann man auch nicht sagen, welche Förderung da angemessen ist. Zweitens möchte ich noch wissen, wenn das Objekt dann angekauft ist, fällt ja die

Miete weg. Und davon kann man dann ausgehen, dass die Subventionssumme der Stadt an das AKKU vielleicht dann weniger wird. Danke.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Nächste Rednerin Frau Mag. Frech, bitte Michaela.

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Egal wie hoch die Kaufsumme jetzt tatsächlich ist, ich glaube jeder von uns weiß, dass man um € 30.000,-- kein Projekt bekommen wird in Steyr. Das ist einmal das eine. Zum anderen weiß jeder von uns, dass es sowas gibt wie Fixkosten. Und die Miete ist ein wesentlicher Faktor. Die fällt jetzt weg, das stimmt. Allerdings weiß jeder, der selbst einmal ein Haus gehabt hat, oder jemanden kennt, der ein Haus hat, dass ein Haus eine ewige Sparkasse ist. Das heißt, da gibt es ständig etwas zu erneuern, wenn ich wo in Miete wohne, dann muss der Vermieter dafür aufkommen, dass alles hergerichtet wird. Wenn ich das Haus selber habe, dann muss ich mich selbst darum kümmern und dass man sich da wirklich großartig etwas erspart, ja das ist schlicht und betriebswirtschaftlich meistens gar nicht großartig möglich. Ich muss ihnen ganz ehrlich sagen, ich bin sehr froh, dass es diese Möglichkeit jetzt gegeben hat für das AKKU, weil einfach der Raumbedarf da ist. Generell wäre schön, wenn man sich sogar erweitern könnte. Aber in diesem Zusammenhang ist es einfach möglich, wirklich auch mit Sicherheit, zu investieren, weil wenn mir etwas nicht gehört, wenn ich dort Mieter bin, tu ich mir auch hart zu sagen, wie geht es denn vielleicht noch weiter. Und jeder von Ihnen, der in einem Verein tätig ist, und das AKKU ist ein Verein, ein Kulturverein, genauso wie es einen Sportverein gibt und andere Vereine. Dass ein Vorstand ja auch dafür haftet, was er tut. Und da hat anscheinend der Vorstand Geld in die Hand genommen und das einmal finanziert. Und das ist auch nicht selbstverständlich und das muss man sich auch einmal trauen, da gehört viel Herzblut dazu, dass man das tut. Ich habe auch schon viele Haftungen übernommen mitunter und ich verstehe jeden, der sowas schon getan hat, wie schwierig das ist. Und dass wir da einen Beitrag leisten von € 30.000,--, denke ich mir, über den soll ganz offen, so sehr ich sonst gerne über Geld diskutiere, möchte ich in dem Fall gar nicht diskutieren. Alleine wenn ich mir anschau, welches Programm das AKKU seit zig Jahren in Steyr bietet und zwar nicht punktuell, das ist oft sehr schön, wenn man sagt, da hat man eine Veranstaltung, wo weiß ich wieviel tausend Leute sind oder hunderte Leute über einen kurzen Zeitraum, sondern wo wirklich permanent Programm passiert, das ganze Jahr über. Und ich nehme nur ein Beispiel her jetzt, die Kriminacht, wo eine der Stationen das AKKU war. Es passiert ständig etwas. Und im Endeffekt glaube ich, könnte man seinen kompletten Kulturkonsum abdecken und es wird einem nicht fad, weil man zwei, dreimal in der Woche ins AKKU gehen könnte. Also da passiert was und das zu unterstützen, denke ich mir, ist schon Aufgabe der Stadt und da zu sagen, rechnen wir das gegen, da fällt jetzt etwas weg. Also da muss ich ganz ehrlich sagen, da krieg ich fast ein bisschen die Krise, wenn ich das höre, weil das ist das, was ich mir nicht wünsche. Nämlich, das ist eine mangelnde Wertschätzung von Kulturarbeit. Und ich finde wir sollten die Arbeit, die hier geleistet wird, die ehrenamtlich geleistet wird, wo Leute auch Privathaftungen übernehmen müssen, weil es eben ein Verein ist und kein Unternehmen, das sollte man würdigen und wertschätzen, da sollte man gar nicht großartig drüber diskutieren. Ich sage ganz offen, diese € 30.000,-- sind mehr als gerechtfertigt und sicherlich nicht überhöht. Und wie gesagt, da möchte ich eigentlich gar nicht großartig darüber diskutieren.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, als nächster zu Wort gemeldet der Dr. Zöttl, bitte Helmut.

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Werte Gäste, Kollegen. Michaela, wenn du die Krise bekommst, ja möglicherweise. Aber wir sehen das Ganze schon ein bisschen differenzierter. Für uns gibt es da auf der einen Seite die Kultur, auf der anderen Seite gibt es eine Kaufinvestition und es gibt auch in weiterer Folge Förderungen der Stadt, und das ist halt viel Geld was da zusammenkommt. Und uns



interessiert halt schon, wo das Geld hinkommt und das ist glaube ich schon sehr legitim. Die Forderung von meinem Kollegen Holzer, dass er fragt, was wurde da eigentlich um wieviel gekauft. Und ich kann mir vorstellen und ich habe mir das Gebäude angesehen, dass da in Zukunft einige Kosten noch dazu kommen für den Verein. Weil es ist nicht unbedingt in einem so extrem guten Zustand, sage ich einmal. Und wir befürchten, dass dann auch wieder Kosten auf die Stadt zukommen werden. Und wenn man sagt, die Miete wird jetzt weniger und könnte man das nicht von der jährlichen Subvention abziehen? Wo das so negativ zu beurteilen ist, also ich finde das überhaupt nicht, das ist ein ganz normaler Rechengang. Und darum finde ich das ein bisschen ungerechtfertigt, diese Kritik.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Gut, gibt es noch eine Wortmeldung. Bitte Herr Mag. Prack, Kurt bitte.

**GEMEINDERAT MAG. KURT PRACK:**

Ja, wertere Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, dass alle Summen letzten Endes ja eh offen gelegt werden können. Wird ja niemand ein Geheimnis daraus machen wollen, also diese Zahlen wird es geben. Ich denke auch, dass das AKKU nicht um Förderungen ansuchen wird, weil sich einzelne Leute dort bereichern, sondern, weil dieser Betrieb ganz einfach unheimlich schwierig aufrecht zu erhalten ist. Da wird ganz viel um ein Taschengeld, bzw. ehrenamtlich gearbeitet hauptsächlich. Und ich denke, eine Kleinkunstabühne, die so große Kunst liefert, in einer Stadt wie Steyr, die sollte man doch wirklich ordentlich unterstützen und kann mich ansonsten nur den Worten der Michaela Frech anschließen, die das AKKU ausreichend gewürdigt hat. Sowas in Steyr nicht zu haben, wäre eine Tragödie. Sowas zu haben ist hervorragend und super, ja.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, wünscht noch jemand das Wort? Bitte Michaela.

**GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:**

Geschätztes Präsidium, wertere Kolleginnen und Kollegen, wertere Gäste. Lieber Helmut, du hast es eh selber angesprochen, da wird man einiges investieren müssen. Und genau das ist der Grund, warum ich mich dagegen ausspreche, jetzt schon zu sagen, nächstes Jahr gibt es weniger Subvention. Weil dieses Geld wird man brauchen, das man sich jetzt erspart hat, für Investitionen. Langfristig wird's allerdings wahrscheinlich dann günstiger kommen, aber jetzt muss man sicher einmal einiges investieren. Und damit nicht so im Raum stehen bleibt, man weiß nicht genau, wo das hinkommt. Also wir bekommen viele Subventionsansuchen. Aber das Subventionsansuchen vom AKKU immer, das für die laufende Subvention ist, ist eins der Detailliertesten, wo wirklich jede Position, jeder Gemeinderat von uns glaube ich bekommt das, oder jeder aus dem Kulturausschuss. Das ist wirklich etwas, was so dokumentiert ist, das würde ich mir wünschen bei vielen anderen Einrichtungen oder bei vielen anderen Subventionsnehmern, dass sie uns so etwas Profundes hinlegen, weil das ist wirklich auf Punkt und Beistrich jeder Kostenpunkt heruntergerechnet und seitenweise, also da ist alles dokumentiert.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, es liegt...

**VIZEBÜRGERMEISTER DR. HELMUT ZÖTTL:**

Liebe Michaela, ich habe das jetzt wirklich nicht behauptet, dass das nicht dokumentiert wird oder sonst was, ich habe da einen ganz normalen Rechengang gemacht. Und ich glaube jetzt da mir zu unterstellen, dass ich dem AKKU Förderansuchen nicht gerecht werde oder nicht rechtfertige, also da muss ich schon sagen, das passt überhaupt nicht jetzt.

*Unverständliche Zwischenrufe von Bank aus.*

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Also, ich kann auch vom Vorsitz sagen und auch für die SPÖ Mehrheitsfraktion, also das AKKU, über Jahrzehnte eine tolle Performance, unglaublich wertvoller Kulturkörper in dieser Stadt, die jedes Jahr mit jedem Euro raufen im Ehrenamt, dass man diese hohe Qualität auf die Bühne bringt und auf so viele Tage verteilt. Und falls es durch diesen Kauf irgendwann einmal ein bisschen mehr Luft zum Atmen ist, für diese Leute im Ehrenamt, dann können wir ihnen das vom Herzen vergönnt sein. Wie gesagt, jetzt muss das alles wieder einmal verdient werden. Und ich bewundere die Leute, die da im Endeffekt privat in die Tasche greifen um vorzufinanzieren. Also ich glaube auch und kann mich da nur anschließen, dieser kleine Beitrag der Stadt verteilt noch dazu auf zwei Jahre, ist mehr als gerechtfertigt und schafft vielleicht ein bisschen überhaupt auf Sicht, dass da einmal die Schulden abgetragen werden, auf Sicht ein bisschen mehr Luft für das AKKU. Und ich würde ihnen das von Herzen gönnen und gönne ihnen das auch. Bitte Herr Referent, Schlusswort.

**STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:**

Ja und meine sehr geehrten Damen und Herren. Eine vollkommen unnötige Diskussion. Jeder Gemeinderat hat das Recht, in den Akt Einsicht zu nehmen und ich glaube sogar die Pflicht. Wenn ich mich wo nicht auskenne bei einem Antrag, dann muss ich mich erkundigen und sollte nachschauen. Und in dem Akt ist selbstverständlich alles drinnen. Die Gemeinde Steyr, die Stadt, gibt mit Sicherheit kein Geld aus, wenn sie nicht genaue Aufstellungen, Unterlagen hat, die Investition mit Kosten und Nebenkosten sind € 211.700,--. Wir unterstützen das mit einem Siebtel, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und wenn ich jetzt das vergleiche oft mit Subventionen, die wir im Sportbereich haben, Herr Bürgermeister, dann habe ich ein leicht tränendes Auge, weil ich würde mir auch die Drittellösung wünschen, für die Kulturvereine. Wäre eine tolle Geschichte. Hier glaube ich, ist man wirklich sehr umsichtig vorgegangen, auch bei den Überlegungen der Investition. Für uns ist es auch ein Zeichen des Erhalts dieses Vereins, das wir ausdrücklich begrüßen und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke für dieses schöne Schlusswort.

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 5 Enthaltungen? Antrag wurde mit 5 Enthaltungen angenommen. Mit breiter Mehrheit.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **28**

**SPÖ 13** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**FPÖ 5** – (GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (StR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

Stimmenthaltungen: **5**

**FPÖ 5** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**  
Danke, bitte dein nächster Punkt.

**19) Fin-233/14                      Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluss 2016, Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.**

**STADTRAT KOMMR. GUNTER MAYRHOFER:**

Es geht um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, um den Rechnungsabschluss 2016 und aus diesem Rechnungsabschluss ergibt sich der Mitgliedsbeitrag, der sich ja aus dem Betriebskostenanteil und dem Investitionsnebenkostenanteil zusammensetzt. Insgesamt ist der Mitgliedsbeitrag für Steyr € 2.292.400,26 exkl. 10 % MWSt. Wir haben Akontozahlungen in Summe von €1.696.200,-- bereits geleistet. Die Restzahlung sind € 596.200,26 exklusive. Ich ersuche um Zustimmung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2016, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 28. März 2017, wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von € 655.820,29 inkl.USt. (€ 596.200,26 exkl.USt. ) zugestimmt.

	inkl. 10% Ust	exkl. 10% Ust
<b>Mitgliedsbeitrag 2016 (gesamt (Steyr))</b>	<b>2.521.640,29</b>	<b>2.292.400,26</b>
dv. Betriebskostenanteil	1.691.593,88	1.537.812,62
dv. Investitionsnebenkostenanteil	830.046,40	754.587,64
dv. Investitionsguthaben	0	0
abzügl. Akontozahlungen für 2016	-1.865.820,00	-1.696.200,00
<b>Restzahlung</b>	<b>655.820,29</b>	<b>596.200,26</b>

Zu diesem Zweck wird bei der VAS<sup>t</sup> 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von € 596.200,26 (exkl.USt.) freigegeben.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das war eine leichte Übung. Wir haben gerade über € 2.000.000,-- beschlossen, einstimmig. Bitte nächster Referent, Stadtrat Dr. Schodermayr.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

Vbgm<sup>in</sup>. Ingrid Weixlberger

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

**20) Fin-8/17                      OÖ Hilfswerk – Tageszentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für das Jahr 2017.**

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Liebe Gäste, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Presse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hohe Beamtenschaft, geschätztes Präsidium. In meinem ersten Antrag geht es um die jährliche Subvention für das Tageszentrum Hilfswerk, einer inzwischen bekannten, lang bekannten und bewährten Betreuungseinrichtung für unsere älteren Bewohnerinnen und Bewohner, einerseits zu ihrer Förderung, andererseits zur Entlastung der Angehörigen. Für das Hilfswerk beantrage ich die Subvention von € 76.400,-- und bitte um ihre Zustimmung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 10. April 2017 wird dem OÖ Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz, für den laufenden Betrieb des Tageszentrums Ennsleite im Jahr 2017 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

**€ 76.400,--**

(Euro sechsundsiebzigtausendvierhundert)

gewährt. Die Auszahlung soll in zwei Teilbeträgen zu je € 38.200,-- (1. Teilzahlung im Mai 2017, 2. Teilzahlung im November 2017) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/424000/757100 V02/17 freigegeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kein Diskussionsbedarf. Ist jemand gegenteiliger Ansicht zu diesem Antrag. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig angenommen.  
Bitte der nächste Punkt

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

GR Mag. Kurt Prack

Vbgm<sup>in</sup>. Ingrid Weixlberger

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**21) Fin-9/17                      Volkshilfe Steyr – Tageszentrum „Lichtblick“ Münchenholz;  
Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2017.**

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Und für denselben Zweck, allerdings für eine andere Organisation für das Tageszentrum Lichtblick der Volkshilfe bitte ich um die Freigabe von € 83.000,-- für das Jahr 2017. Der Unterschied ergibt sich daraus, dass die Volkshilfe den Transport der Gäste ihrer Einrichtung selbst organisiert, daher wie gesagt die paar tausend Euro Unterschied. Bitte um Freigabe dieser Mittel.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 18. April 2017 wird der Volkshilfe Steyr, Leharstraße 24, 4400 Steyr, für den laufenden Betrieb des Tageszentrums „Lichtblick“ im Jahr 2017 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

**€ 83.000,00**  
(Euro dreiundachtzigtausend)

gewährt. Die Auszahlung soll in zwei Teilbeträgen zu je € 41.500,-- (1. Teilzahlung im Mai 2017, 2. Teilzahlung im November 2017) erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VASSt. 1/424000/757100 V01/17 freigegeben.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Hier gibt es keine Wortmeldung, wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bitte dein nächster Punkt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:

GR<sup>in</sup> Rosa Hieß

GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

GR Mag. Kurt Prack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

**22) Fin-10/17                    „Paraplü“ – Integrationszentrum für In- und Ausländer; Subventionsansuchen 2017.**

**STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

In meinem letzten Antrag geht es um die jährliche Subvention des „Paraplü“ - Integrationszentrums in der Höhe von € 29.700,--. Auch hier bitte ich um Zustimmung.

**Der Gemeinderat möge beschließen:**

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und Soziale Dienste vom 18. April 2017 wird der Caritas für Menschen in Not zur Fortführung des Integrationszentrums „Paraplü“ für das Jahr 2017 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

**€ 29.700,--**  
(Euro neunundzwanzigtausendsiebenhundert)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 29.700,-- werden bei der VASSt. 1/429100/757000 V03/17 freigegeben.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Zu Wort gemeldet der Herr Stadtrat Dr. Ritter, bitte Herr Dr. Ritter.

**STADTRAT DR. MARIO RITTER:**

Meine Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Die Jahre 1990 bis 1995 waren geprägt durch einen Krieg am Balkan. Die Auswirkungen haben wir alle selber gemerkt. Hunderttausende Menschen waren auf der Flucht, vorerst in die angrenzenden Länder, danach auch

weiter Österreich und Deutschland. In Deutschland hatten sie den Status der Duldung. Nach Beendigung der Kriegshandlungen kehrten viele zurück, aber sehr viele blieben in Österreich. Österreich hat ihnen Arbeitsplätze gegeben, Österreich hat ihnen die Möglichkeit gegeben sich zu etablieren, sich zu integrieren, ein neues Zuhause zu gründen. Wenn wir jetzt die Subvention oder die Förderung an Caritas oder Paraplü sehen, dann sehen wir eine Subvention, die für einen Teil der Bevölkerung ist, die sich teilweise, wie man rauslesen kann, nicht integrieren kann oder nicht integrieren will. Und in Anbetracht dessen, wenn man schon sieht, wie sich die Leute aus 1990, 1995 integriert haben und vielleicht nur ein leichter Akzent in der deutschen Sprache noch zu hören ist, aber sonst sind sie voll bei uns integriert, so können wir sagen, das hat funktioniert, ohne Millionen Aufwendungen an Integrationshilfsmittel und Gelder. Jetzt, in diesem Moment und solange Integration nicht richtig definiert ist, oder verschiedene Standpunkte von Integrationsmöglichkeiten im Raum schweben, sehen wir das als Fass ohne Boden und wir können diesen Integrationsmaßnahmen und dieser Summe einfach nicht zustimmen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, Kollegin Payrleithner.

**GEMEINDERÄTIN NATASCHA PAYRLEITHNER:**

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen und Gäste. Dass das Paraplü nicht wegzudenken ist von Steyr in der Integrationsarbeit, ist für uns glaube ich alle den meisten recht klar, mit einem Balkankrieg etc. Und wenn man dann sagt, sie wollen sich nicht integrieren, weil sie nicht können und nicht wollen und wir haben da ein Integrationszentrum, das wahn-sinnig viel Arbeit hat, das die letzte Jahre überrannt worden ist und irrsinnig gute Arbeit leistet, mit Deutschkursen und Förderungen und eine Arbeit leistet, die wir von der Stadt sonst nicht leisten könnten, und uns da wahn-sinnig viel abnimmt so abzuwerten, das finde ich wirklich sehr anmaßend. Also das Paraplü ist für uns nach wie vor eine der wichtigsten Institutionen und wir werden natürlich diesem Antrag zustimmen.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Dankeschön. Zu Wort gemeldet der Stadtrat Mayrhofer, bitte Gunter.

**STADTRAT KOMMRAT GUNTER MAYRHOFER:**

Ich verstehe die Wortmeldung vom Kollegen Ritter nicht ganz. Weil gerade Steyr hat mit dem Paraplü ja eigentlich ein Erfolgsmodell. Wenn ich vergleiche, das Thema Integration in anderen oberösterreichischen Städten und wie es dort funktioniert und wie es bei uns in Steyr funktioniert, dann muss ich wirklich sagen, dann haben wir eine sehr, sehr gute Arbeit geleistet bisher. Und die Probleme und Schwierigkeiten für die Bevölkerung sind unvergleichbar wenn ich hier an Traun oder Wels usw. denke. Und dass man hier das was sich bewährt hat und was positiv ist sagt, da gebe ich kein Geld mehr, da gebe ich keine Zustimmung mehr, das sehe ich äußerst kurzfristig gedacht. Und ich glaube wirklich ausschließlich politisch motiviert und da ist es nicht gut.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, nächster Vizebürgermeister Hauser.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube ganz einfach, jeder darf seine Meinung haben und ich habe meine. Und ich denke mir, es ist das Paraplü unverzichtbar in Steyr. Und ich denke mir, dass gerade das Paraplü als NGO, wie man es ja so schön neudeutsch immer sagt, als NGO tolle Arbeit geleistet hat bisher und wir, das müssen wir auch ehrlich zugeben, uns als Stadt sehr lange auf diese einzige wertvolle Einrichtung auch verlassen haben, dass Integrationsarbeit aktiv gemacht wird. Mittlerweile ist es ja auch so, dass sozusagen in der Politik das Thema Integration ja nicht nur angekommen ist, sondern dass man auch die unterschiedlichsten Maßnahmen jetzt auch aus der politischen Situation heraus, bis hin zu dem, dass man auch einen Ausschuss hat, in dem Integration be-

handelt wird, jetzt Usus ist. Und ich denke mir, dass also es wahrscheinlich auch, wenn man es nachrechnet, was alles so passiert ist im Rahmen der Integrationsarbeit, des Integrationszentrums Paraplü, uns weit billiger gekommen ist mit dieser Subvention, als wenn man die Arbeiten alle selber leisten hätte müssen. Und ob dann auch noch dazu und das muss man auch doppelt unterstreichen, die qualifizierten und engagierten Personen da gewesen wären, die sich das zur Herzenssache gemacht hätten, ist eine dritte Frage. Und daher möchte ich also nicht nur ein hohes Lob auf das Paraplü sprechen, sondern bedanke mich auch dafür, was die alles gemacht haben und denke mir, dass es gut angelegtes Geld ist, wenn wir das Paraplü weiterhin unterstützen. Und viele Arbeiten, die sonst von unseren Leuten, die wir anstellen müssten, erledigt werden müssen, dort, nicht nur mit viel Herzblut und Engagement, sondern auch aus Überzeugung so gemacht werden, dass sie zum Positiven dieser Stadt gereichen. Und der Kollege Mayrhofer hat es schon gesagt und viele andere auch. Also wir dürfen uns glücklich schätzen, so geringe Probleme mit der Frage der Ausländer, ausländischen Bevölkerung bei uns hier in der Stadt zu haben, gegenüber anderen Städten in unserer Größenordnung.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich kann es nur ergänzen auch aus meiner Sicht. Danke, alles was hilft, die, die da sind zu integrieren, sind wir aufgerufen, einen Beitrag zu leisten. Wenn wir es nicht tun und sagen, nein ich bin dagegen, dann würde das nicht passieren. Dann passiert von selber halt gar nichts. Ich denke, gerade die Politik ist da, um zu gestalten, aktiv im Endeffekt an Lösungen zu arbeiten. Und da zu sagen, da gibt es eh nichts und solange es nichts gibt, machen wir nichts, ist nicht nur kurzfristig, sondern aus meiner Sicht auch wirklich der falsche Ansatz. Bitte Herr Referent.

**STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:**

So es ist ohnehin alles gesagt worden, speziell zum Positiven, was das Paraplü anbelangt. Wie du, Mario, auf die Idee kommst, dass in den 90iger Jahren Integration nichts gekostet hat, von den Menschen, die aus dem Balkan gekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Was das für eine Grundlage hat, weiß ich nicht. Das Paraplü hat in den neunziger Jahren schon segensreiche Arbeit geleistet, sehr viel geleistet. Damals noch viel, viel mehr geleistet mit viel, viel weniger Geld. Ich halte die Summe für eher sehr gering und fast jetzt beschämend, ist vielleicht übertrieben, aber es ist sehr, sehr wenig für diese tolle Arbeit, die dort geleistet wird. Und ich bin dafür, Integration zu fördern, da bin ich dabei. Auch Integration wirklich zu machen, ist aber der nächste Schritt. Und das machen wir, indem wir das Paraplü unterstützen. Somit bitte ich um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, der gebe ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit breiter Mehrheit angenommen. Alle FPÖ Mandatäre dagegen, habe ich gesehen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend:  
GR<sup>in</sup> Birgit Schörkhuber, BEd

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen:  
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **24**

**SPÖ 14** – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Wilhelm Hauser, Vbgm.<sup>in</sup> Ingrid Weixlberger, StR Dr. Michael Schodermayr, GR Rudolf Blasi, GR<sup>in</sup> Helga Feller-Höllner, GR<sup>in</sup> Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR<sup>in</sup> Mag. Barbara Kapeller, GR Ru-

dolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster, GR<sup>in</sup> Silvia Thurner, GR<sup>in</sup> Anneliese Zimmermann)

**Bündnis ÖVP-Bürgerforum 5** – (GR. Ing. Thomas Schurz, MSc, GR<sup>in</sup> MMag. Michaela Frech, GR Florian Schauer, GR Dr. Markus Spöck, MBA, GR<sup>in</sup> Ursula Voglsam)

**GRÜNE 4** – (StR Mag. Reinhard Kaufmann, GR<sup>in</sup> Maria Lindinger, GR<sup>in</sup> Natascha Payrleithner, GR Mag. Kurt Prack)

**NEOS 1** – (GR Pit Freisais)

Gegenstimmen: **10**

**FPÖ 10** – (Vbgm. Dr. Helmut Zöttl, StR Dr. Mario Ritter, GR<sup>in</sup> Michaela Greinöcker, GR Josef Holzer, GR<sup>in</sup> BA (FH) Evelyn Kattnigg, GR David König, GR Lukas Kronberger, GR Uwe Pichler, GR Arno Thummerer, GR Ing. Wolfgang Zöttl, BEd)

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Gut, somit wären wir am Ende der Tagesordnung. Bedanke mich für die Beiträge und Sitzungsdisziplin. Möchte mich noch bedanken für dieses wunderschöne Lesezeichen. Bitte verwenden sie das auch, egal ob es ihre Bücher sind oder andere Bücher, es ist sehr schön gestaltet. Und der Kollege Hauser hat auch noch was zu sagen, zu diesen grünen Kübelchen, die da draußen stehen.

**VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:**

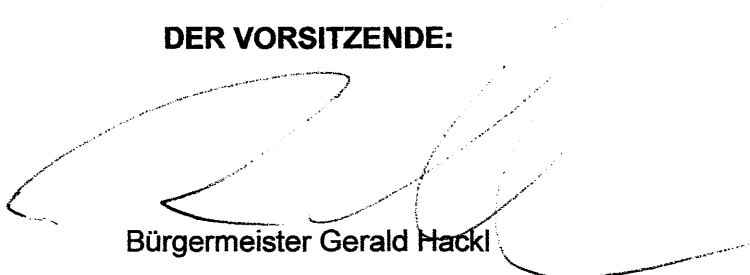
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir haben hier herinnen ja einmal diskutiert über die Abfallordnung und die Abfallgebührenordnung und über die Biotonnen. Und da draußen bitte ist für jeden Gemeinderat und für jede Gemeinderätin eine Vorsammelhilfe inklusive Werbematerialien, wie Biomüll entsorgt gehört und wie es gemacht gehört. Plus die Utensilien dazu, plus diese Tragtaschen, wo ihr wisst, dass getrennt gesammelt wird, wie Altpapier und Metall und Glas und dergleichen. Bitte jeder mitnehmen. Für jeden ist eine Garnitur da und ich hoffe, sie tritt bei euch in Verwendung und ist eine kleine Aufmerksamkeit der Stadtbetriebe Steyr, um weiterhin für die getrennte Müllsammlung, also hier auch einzutreten. Was „Steyr putzt“ geleistet hat, habt ihr ja eh schon gelesen. Danke.

**BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:**

Danke, schönen Tag noch.

**ENDE DER SITZUNG UM 15:50 UHR.**


**DER VORSITZENDE:**



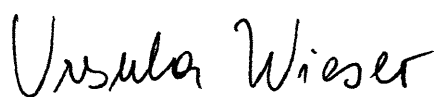
Bürgermeister Gerald Hackl



**DIE PROTOKOLLFÜHRER:**

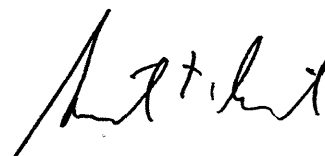


Dr.<sup>in</sup> Martina Kolar-Starzer



Ursula Wieser

**DIE PROTOKOLLPRÜFER:**



GR Ing. Franz-Michael Hingerl



GR Josef Holzer